

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Peltzeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, 1 der Expedition abgegeben werden.

Nr. 51.

Donnerstag, den 29. Februar 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Eine Sozialistendebatte im Reichstage.

Sebe großzügige und grundsätzliche Erörterung der Sozialpolitik ist schließlich eine Debatte über den Sozialismus. Das ist gestern völlig klar zum Ausdruck gekommen bei der Verhandlung über das Reichsamt des Innern, dessen erster Titel seit seiner die Gelegenheit zu umfassenden sozialpolitischen Diskussionen gibt. Genosse Wurm, der als erster Redner der sozialdemokratischen Fraktion zu Wort kam, führte in seiner klar durchdachten und überzeugenden Rede unsere gesamten Forderungen an die Sozialpolitik auf die Grundanschauungen des Sozialismus zurück. „Alle Sozialreform stammt von der Sozialdemokratie“, das war der eigentliche Lehrsatz von dem er ausging und es gelang ihm, den Beweis zu führen, daß die Sozialreform selbst zugleich mit der anwachsenden sozialdemokratischen Bewegung aus der kapitalistischen Entwicklung hervorgegangen ist. Das Streben der Arbeiterklasse, sich das Recht auf Leben zu erobern, ist der wirkliche Anfang sozialpolitischer Wirksamkeit. Und ebenso klar verständlich ist es, daß bis heute noch die wirklichen Förderer sozialpolitischer Arbeit in der Sozialdemokratie gesucht werden müssen, daß die anderen wohl von Arbeiterschutz sprechen, ihn aber nach Möglichkeit aufzuhalten versuchen. Die Sozialdemokratie, die so die eigentliche sozialpolitische Triebkraft darstellt, hat auch immer nur diejenigen Gesetzentwürfe zurückgewiesen, die gegenüber federleicht wiegenden Verbesserungen schwere Verschlechterungen einführen. Aber positive Arbeit hat sie immer zu leisten versucht. Genosse Wurm konnte unter dem Beifall der Fraktion den lächerlichen Vorwurf zurückweisen, als habe die Sozialdemokratie jemals den unmöglichen Grundsatze proklamiert: „Alles oder nichts!“ Vielmehr zwingt uns unser Bekenntnis zu der großen Lehre der Entwicklung zu einer allerdings möglichst beschleunigten, aber immerhin allmählichen Eroberung sozialpolitischer Fortschritte. Auf die Wahrheit und Wirklichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung konnte sich unser Fraktionsredner berufen, wenn er für die Gegenwart und die unmittelbare Zukunft von der herrschenden Klasse größere Zugeständnisse verlangte. Die Proletarisierung bisher selbständiger Existenzen, der Privatbeamten, der Staatsangestellten usw. zwingt zu einem rascheren Tempo. Die Anträge, die von unserer Fraktion eingebracht sind, und die unser Redner zum Schluss behandelte, zeigen die Richtung, die wir der Fortführung der Sozialpolitik geben wollen. So war die ganze Rede eine wirklich sozialistische Darlegung sozialpolitischer Arbeit, und sie führte dermaßen die eigentliche Sozialistendebatte in den Vordergrund der Diskussion.

Das zeigte sich schon bei den nächstfolgenden Rednern, die auch bei engherzigster Anschauung den Zusammenhang zwischen der großen zum Sozialismus treibenden wirtschaftlichen Entwicklung und der praktischen Sozialpolitik erkennen mußten. Der Zentrumsabgeordnete Meyer-Kaufbeuren deckte unbewußt die ganze Hilflosigkeit der gegenwärtigen reaktionären Wirtschaftspolitik auf, die nicht aufkommt gegen die Gewalt der Entwicklung und die es nicht hindern kann, daß der preussische Staat selber sozialisierende Tendenzen durch unmittelbare Beeinflussung der großen Syndikate und Kartelle betreibt. Auch die Reden des konservativen Abg. Pauli, der von Potsdam nach Hagenow geflüchtet ist, und des Polen Morawski waren schließlich nur Versuche, vor der Übermacht wirtschaftlicher Notwendigkeiten die unhaltbaren Prinzipien einer reaktionären Wirtschaftspolitik zu retten. Graf Posadowsky, der als letzter Redner sprach, unternahm den Versuch, den Sozialismus selbst anzugreifen. Aber der Erfolg seiner gestrigen Rede, der keineswegs größer war, als in der allgemeinen Staatsdebatte, wird ihm wohl gezeigt haben, daß man mit biederemännlichen Banalitäten und wohlwollenden Harmlosigkeiten die notwendige Kenntnis eines so riesigen Problems nicht erlangen kann. Nicht einmal rhetorisch war die Rede erfreulich, die zusammenhanglos mehr oder weniger aphoristische Bemerkungen über dies und jenes und allerdand aneinanderreihete. Die Debatte über den Titel Staatssekretär nimmt heute ihren Fortgang.

## Das englisch-russische Satyrspiel in Persien.

Die langwierigen Unterhandlungen zwischen England und Rußland hinsichtlich der weiteren Schicksale Persiens haben endlich eine bestimmte Form angenommen. Das

Ergebnis ist, wie vorauszusehen war, die Ablehnung der offenen Teilung Persiens, die den Interessen Englands nicht entspricht und die Stärkung des englisch-russischen Einflusses in einem solchen Grade, daß von einem selbständigen persischen Staate weniger als je gesprochen werden kann. Die englische und russische Diplomatie bekennt allerdings noch heute, daß sie vor allem um die „Integrität und Souveränität“ Persiens besorgt sei, es ist aber bloß die Belohnung zweier Wölfe um die „Integrität“ der gemeinsamen Beute gegenüber den Gelüsten eines Dritten. Die englisch-russische Note, die, wie gemeldet wird, von der Teheraner Regierung bereits angenommen worden ist, läßt zu der Gewalt noch den Hohn, indem sie von der persischen Regierung die Anerkennung der „Prinzipien des englisch-russischen Abkommens von 1907“ verlangt, die bekanntlich die Aufteilung Persiens zwischen den beiden Ententemächten einleitete. Einen Fortschritt bedeutet diese Forderung allerdings: bisher verfügten England und Rußland über die Geschichte Persiens über den Kopf dieses Staates hinweg, mit selbständigen heuchlerischen Versicherungen, daß sie sich keineswegs in die inneren Angelegenheiten Persiens einmischen; nun legen sie durch die Forderung der Anerkennung der Konvention von 1907 dieser diplomatischen Heuchelei ein Ende, indem sie von dem Opfer selbst die „Zustimmung“ zur Abschachtung erpressen. Mit welchen Mitteln diese wiederum vorgenommen werden soll, geht aus den übrigen Punkten der englisch-russischen Note hervor. Erstens entläßt die persische Regierung die Fidsais und andere irreguläre Truppen, d. h. sie liefert die Revolutionäre (Fidsais) an die Schlachtabank und entblößt sich selbst von jeder irregulären Schutztruppe, die bei den persischen Verhältnissen für sie in erster Linie in Betracht kommt. Zweitens organisiert sie eine kleine effektive Armee unter der Leitung russischer Offiziere, d. h. sie liefert sich auf Gnade und Ungnade der unter russischem Kommando stehenden persischen Kosakenbrigade aus, die schon zur Zeit des Kosakenobersten Schachow dargetan hat, daß sie der Leitung des Kommandierenden des transkaukasischen Militärbezirks untersteht und auf dessen Weisung gegen das persische Parlament und das Volk vorgeht. Ein dritter Punkt verlangt von der persischen Regierung, daß sie sich mit dem Eschah Mohammed Ali, der den jetzigen Raubzug gegen Persien durch seinen, von der russischen Regierung begünstigten Vorschub einleitete und noch jetzt im Rücken der russischen Truppen sein räuberisches Unwesen in Persien treibt, auf Grund der englisch-russischen Verträge vom 6. März 1911 verständige, d. h. daß die persische Regierung dem vertriebenen Monarchen die Pension aussetze, auf die er durch sein hochverräterisches Unternehmen jeden rechtlichen Anspruch verloren hat. Diese Forderung ist um so charakteristischer, als die englische und russische Regierung im vorigen Sommer selbst anerkannt haben, daß Mohammed Ali nach seiner Landung in Persien jeden Anspruch auf die ihm ausgesetzte Pension verloren hat. Ein weiterer Punkt endlich regelt die Anleihefrage, die die goldene Schlinge um den Hals Persiens noch fester zuzieht. Von der Zurückziehung der russischen und englischen Truppen aus Persien wird in der Note mit keinem Worte gesprochen.

Aber diesen Punkt, der politisch von größter Bedeutung ist, äußerte sich dieser Tage Sir Edward Grey, als er im englischen Parlament den Raubzug Englands und Rußlands verteidigte. Er wies darauf hin, daß die russischen Truppen nicht zum Zweck einer dauernden Besetzung Persiens dorthin entsandt worden seien, und daß Rußland seine Truppen innerhalb der letzten Jahre bereits einmal zurückgezogen habe. Um dieser recht unglaubwürdigen Erklärung einen gewissen Halt zu geben, verwies er darauf, daß der Einmarsch der russischen Truppen durch das stete Vordringen der türkischen Truppen im Gebiete von Urmia hervorgerufen worden sei, die die strategische Stellung Rußlands bedrohe. Diese Erklärung hat zwar dazu beigetragen, daß die englischen Radikalen zusammenknickten und ihr Mißtrauensvotum gegen die persische Politik Greys zurückzogen; sie hat auch den russischen Liberalen die heiß ersehnte Möglichkeit gegeben, ihre Opposition gegen die Raubpolitik in Persien aufzugeben und den Marsch der russischen Truppen nach Choh als „ernste staatliche Notwendigkeit“ zu erklären (s. Reisch, 10/23. Februar.) In Wirklichkeit beweist sie aber nur, daß die Verteidiger der englisch-russischen Raubpolitik in ihrer Verlegenheit zu den dümmsten Argumenten greifen, die der schwächsten Kritik nicht standzuhalten vermögen. Sir Edward Grey hat bewußt gelogen, als er den Einmarsch der russischen Truppen in Nordpersien mit dem angeblichen Vordringen der türkischen Truppen in Verbindung brachte. Der Einmarsch der russischen Truppen erfolgte im Dezember, gleich nach der Überweisung des russischen Ultimatus an Persien. Die russische Regierung hat sich bisher mit keinem Worte auf das Vor-

dringen der Türkei berufen. Sie hat im Gegenteil durch ihre sieberhaltenen Küstungen am Urmiassee, durch die Besetzung und Befestigung der nach dem Westen führenden Straßen den Aufmarsch der türkischen Truppen zum Schutz der türkischen Verteidigungslinie provoziert. Sie macht auch jetzt keine Anstalten, die Position am Urmiassee aufzugeben. Sie zieht bloß ihre Truppen aus Kaswin zurück, läßt sie aber in Enseli, Choh, Täbris und anderen Städten der Provinz Azerbeidschan zurück. Charakteristisch ist ferner, daß die starken russischen Besatzungen auch in den nordöstlichen Provinzen, in Astrabad, Meshed u. a. zurückgelassen werden, die selbst die kühnste Phantastie nicht mit den türkischen Truppenverstärkungen am Urmiassee in Verbindung zu bringen vermag. Die Situation ist also, wie ersichtlich, noch schlimmer als aus der veröffentlichten englisch-russischen Note hervorgeht. Die Russen verstärken ihre Position in Nordpersien, und der Ausfall des englischen Ministers gegen die Türkei verfolgt nur den Zweck, der russischen Politik auch auf einem anderen Gebiet die Wege zu ebnet.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Die Parteien des Reichstages.

Das Verzeichnis der Mitglieder des Reichstages ist nunmehr abgeschlossen. Es gehören Abgeordnete an: der Sozialdemokratie 110, dem Zentrum 88, den Konservativen 45, den Nationalliberalen 44, der Fortschrittlichen Volkspartei 41, den Polen 18, der Reichspartei 12, Eisack-Lothringer 9, der Wirtschaftlichen Vereinigung 8, den Welfen 5, der Reformpartei 3, Wilde 11.

### Neueinteilung der Reichstagswahlkreise.

Die Fortschrittler im badischen Landtag haben dort den Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, beim Bundesrat wegen einer Neueinteilung der Reichstagswahlkreise unter gleichzeitiger Einführung der Verhältniswahl Schritte zu unternehmen.

### Der Wahlrechtskampf in Preußen.

Die Fortschrittliche Volkspartei hat im preussischen Abgeordnetenhaus bekanntlich den Antrag eingebracht, das Reichstagswahlrecht auf Preußen unter Neueinteilung der Wahlkreise zu übertragen. Für den Fall, daß dieser Antrag abgelehnt werden sollte, wird die Fortschrittliche Volkspartei nun einen Eventualantrag stellen, in dem nur das allgemeine direkte Wahlrecht sowie geheime Abstimmung verlangt wird. Es soll auf diese Weise dem Zentrum unmöglich gemacht werden, die ganze Wahlrechtsfrage zu Falle zu bringen; andererseits will man den Nationalliberalen die Möglichkeit geben, wenigstens einem solchen Antrage ihre Zustimmung zu erteilen. Außerdem glauben die Fortschrittler, der Regierung damit zeigen zu können, daß selbst in diesem Landtage eine Mehrheit zur Abänderung des jetzt geltenden Wahlrechtes vorhanden ist.

### Bünderische Unversöhnlichkeit.

Der ungeheuerliche Wahlerlaß des Grimmener Landrats v. Maljan (siehe Artikel der Beilage) findet so ziemlich in der ganzen Presse scharfe Verurteilung, mit Ausnahme der ultramontanen und konservativen Organe natürlich, die sich ausschweigen. Eine Ausnahme macht nur die von dem Reichstagsabgeordneten Vertel geleitete „Deutsche Tagesztg.“, die das Vorgehen des Landrats mit den Worten billigt:

„Sachlich hat der Landrat mit seinen Ausführungen durchaus recht. Der Erlaß entspricht vollkommen den Anweisungen, die seinerzeit Fürst Bismarck gegeben hat.“

Bismarck hat allerdings einmal einen Erlaß hinausgegeben, in dem er die Landräte darauf hinweist, daß sie verpflichtet sind, die Politik der Regierung zu vertreten. Es handelte sich damals um die bevorstehenden Wahlen zum preussischen Landtage. Den Landräten ist es aber nicht entfernt eingefallen, stets die Politik der Regierung zu unterstützen, sie haben dies vielmehr nur dann getan, wenn diese Politik sich mit ihren Interessen deckte. Es sei nur an die von den Landräten zu Falle gebrachte preussische Kanalvorlage erinnert. Auf keinen Fall aber hat ein preussischer Landrat das Recht, eine derart ungeheuerliche Wahlbeeinflussung zu treiben. Für die „Deutsche Tageszeitung“ freilich scheidet Recht und Gesetz aus, sie betrachtet die Handhabung der Gesetze lediglich vom Standpunkt der brutalen Macht aus.

### Im preussischen Abgeordnetenhaus.

haben nach dem neuesten, soeben herausgegebenen Mitgliederverzeichnis die Parteien folgende Stärke: Konservative 150, Zentrum 103, Nationalliberale 65 (1 Holsland), Freikonservative 61 (2 Holsland), Polen 15, Sozialdemokraten 6 Mitglieder; dazu kommen noch zwei Dänen und ein Bänder. Erledigt sind vier Mandate.

58 Abgeordnete sind zugleich Reichstagsabgeordnete, und zwar 20 Konservative, 16 Zentrumabgeordnete, 7 Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei, je 5 Nationalliberale und Polen, 4 Freikonservative und 1 Sozialdemokrat.

### Zur preussischen Abgeordnetenkammer

entspann sich am Mittwoch eine lange Debatte über das Fortbildungsschulwesen, die stellenweise einen erregten Charakter annahm. Nachdem verschiedene konservative Sinnesmeister ihre bekannten rückwärtigen Anschauungen über den Fortbildungsschulunterricht geäußert und ein Redner des Zentrums die Einführung des Religionsunterrichts in den Lehrplan der Fortbildungsschulen gefordert hatten, ergriff Genosse Liebknecht das Wort, um die zünftlerischen Anschauungen und das Verlangen des Zentrumsmannes zurückzuweisen. Gleichzeitig wandte er sich gegen die Verbreitung der „Parole“, des bekannten Organs des Ruffhändlerbundes in den Fortbildungsschulen, weil dieses Blatt, wie er nachwies, fortgesetzt Angriffe und Verächtlichkeiten in schlimmster Art gegen die Sozialdemokratie richtete. Der Minister erwiderte kurz, daß die Verbreitung dieses Blattes mit seinem Wissen erfolgt sei. — Die weitere Debatte nahm einen mehr persönlichen Charakter an. Der Abg. Gronowski vom Zentrum verächtlichte die Sozialdemokratie in niederträchtigster Weise. Ihm erwiderte Genosse Hirsch, dem es gelang, eine Reihe der Behauptungen als unwarhaft nachzuweisen. Als dann Genosse Liebknecht, der inzwischen das Gronowskische Material eingehend studiert hatte, sprechen wollte, schritt man ihm das Wort ab. Bei einem späteren Titel versuchte Gen. Liebknecht auf die vorhergegangene Debatte zurückzukommen; der Präsident unterbrach ihn wiederholt, aber trotz aller Rufe „Zur Sache!“ gelang es unserem Genossen doch, seine Rede zu Ende zu führen. — Donnerstags Fortsetzung der Beratung des Etats.

### Zur Seniorenkongress des Reichstages

wurde gestern die Verstärkung der Geschäftsvorbereitungskommission von 14 auf 21 Mitglieder vorgenommen. Ferner wurde festgestellt, daß die Sozialdemokratie nun für die Ausschüßungskommission des Reichstages zwei Mitglieder erhält, ferner erhält sie zwei Mitglieder zum Beirat für Arbeiterstatistik. Ein Sozialdemokrat tritt in die Reichsschuldenkommission ein und in der Kommission für das Staatsangehörigkeitsgesetz stellt sie den Vorsitzenden. Ferner wurde im Seniorenkongress bestimmt, daß die endgültige Präsidienwahl am 8. März vorgenommen werden soll.

### Die „Wilden“ beherrschen den Reichstag.

Nach der amtlichen Fraktionsliste verfügen Sozialdemokraten, Nationalliberale und Fortschrittliche Volkspartei, letztere beiden Fraktionen einschließlich der Hospitanten, zusammen über 195 Stimmen; demnach kann keine der beiden Parteigruppen eine Mehrheit bilden. Bei dieser Art der Gruppierung kann eine Mehrheit erst dadurch zustande kommen, daß die Mitglieder ohne Parteiangehörigkeit, die sogenannten „Wilden“, zugunsten der anderen Koalition Stellung nehmen. Da diese über 11 Stimmen verfügen, kann durch ihre Stellungnahme sowohl eine Mehrheit der rechtsstehenden Parteien, wie eine Mehrheit der linksstehenden Parteien herbeigeführt werden.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hielt Mittwoch abend eine Sitzung ab. Es wurde mitgeteilt, daß die Fraktion in der Petitionskommission statt acht neun Sitzungen in der Rechnungskommission statt vier fünf Sitzungen, in der Bibliothekskommission statt einen zwei Sitzungen erhalten soll. In letztere Kommission wurden als Mitglieder Diez und Ledebour bestimmt. Im Beirat für Arbeiterstatistik erhält die Fraktion ebenfalls zwei Sitze, und zwar wurden hierzu Mollenhuth und Schmidt-Berlin gewählt. Ferner bekommt die Fraktion einen Sitz in der Reichsschuldenkommission. Hierzu wurde Genosse Stadthagen bestimmt. In die Kommission, die den Gesekentwurf, betr. die Staatsangehörigkeit, zu beraten hat, wurden Latsberg, Liebknecht, Nitzsch und Quark gewählt. Der Vorsitz in dieser Kommission steht den Sozialdemokraten zu. Dem Väner Hansen, der sonst nicht in diese Kommission gelangen konnte, trat die Fraktion einen Sitz ab. — Zum Etat des Reichsamts des Innern wurde als dritter Generalredner Sachse bestimmt, für den Justizetat Heine, Stadthagen und Eohn, für den Etat der Reichseisenbahnen Emmele, Böhle und Wehl.

### Die Landtagswahl im zweiten Berliner Wahlkreise.

Am Dienstag wurden im zweiten Berliner Landtagswahlkreise die Wahlmännerwahlen der 3. Abteilung vorgenommen. In dieser Abteilung hatten die Sozialdemokraten 94, die Volkspartei 75 Mandate zu verteidigen. Gewählt wurden 104 sozialdemokratische und 80 freisinnige Wahlmänner. Das Endergebnis der 1. Abteilung stellte sich wie folgt: 176 Wahlmänner der Fortschrittlichen Volkspartei, 1 Wahlmann der Sozialdemokraten. In sieben Bezirken kam eine Wahl nicht zustande. In der 2. Abteilung wurden 160 Freisinnige und 12 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt; eine Wahl kam nicht zustande. In dieser Abteilung erzielte die Fortschrittliche Volkspartei einen Gewinn von sechs Mandaten, während die Sozialdemokraten ein Mandat verloren. Danach verfügen die Freisinnigen im ganzen über 411, die Sozialdemokraten über 117 Wahlmänner. Die Wahl des fortschrittlichen Kandidaten Bankdirektors Nommien ist demnach gesichert. Die Wahlbeteiligung war vielfach auffallend schwach.

### Wann tritt die Versicherungsordnung vollständig in Kraft?

Am 1. Januar 1912 sind die Teile der Versicherungsordnung in Kraft getreten, die sich auf die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung beziehen. Dem Raten, wann nun die übrigen Teile in Kraft treten werden, kommt eine offizielle Mitteilung zu Hilfe, die besagt: „Schon aus äußerlichen Gründen ist nicht gut damit zu rechnen, daß die neuen Unfallversicherungs-

bestimmungen vor dem 1. Januar 1913 werden in Kraft gesetzt werden. Welcher Termin für die Krankenversicherung in Frage kommen wird, läßt sich gegenwärtig überhaupt noch nicht sagen; dazu sind die umfangreichen Vorarbeiten noch nicht weit genug vorgeschritten.“

Über die Gründe der Verzögerung der Inkraftsetzung der neuen Unfallversicherung, von der gehofft wurde, daß sie schon am 1. Juli Rechtskraft erlangen würde, heißt es:

Schon die Organisationsarbeiten werden sich bis nahe an diesen Termin (Mitte 1912) heranziehen. Bis zum 15. März müssen zwar die Anmeldungen der neu versicherten Betriebe erfolgt sein. Es wird dann aber noch einige Zeit vergehen, ehe festgestellt ist, ob die Anmeldepflicht in genügender und richtiger Weise erfüllt ist. Danach wird der Bundesrat, nachdem inzwischen die vorgeschriebenen gutachtlichen Äußerungen aus den betreffenden Gewerbezweigen eingeholt sind, sich darüber schlüssig zu machen haben, ob für die neu versicherten Betriebe eigene Berufsgenossenschaften gebildet oder ob die schon bestehenden ausgeschrieben werden sollen. Wird irgend eine neue Berufsgenossenschaft gebildet, so braucht sie ganz natürlich einige Zeit zur Einrichtung. Geschieht dies aber auch nicht, so ist doch immer zur Einrichtung auf die veränderten Verhältnisse bei den bestehenden Berufsgenossenschaften, schon um die Geschäfte in Ordnung zu halten, einige Zeit erforderlich.

### Die Zündholzfabrikanten gegen Aufhebung der Zündholzsteuer.

Von unserer Fraktion wie von den Fortschrittlichen sind Anträge gestellt worden, die Zündholzsteuer zu beseitigen. Als bald meldet sich der Verein deutscher Zündholzfabrikanten und petitioniert gegen diesen Antrag. Das scheint auf den ersten Blick sonderbar, denn Tatsache ist doch, daß der Verbrauch von Zündhölzern stark zurückgegangen ist und nach Aufhebung der Steuer sich heben würde. Die Begründung der Petition enthält nur einen Punkt, der einigermaßen logisch klingt: solange die Aufsicht besteht, daß die Regierung Vernunft annimmt, könnte das Publikum mit dem Kauf von Zündhölzern zurückhalten, in Erwartung, daß sie billiger werden. Das könnte also nur ein Grund sein, die Entscheidung bald herbeizuführen. Wenn die Fabrikanten aber sich ungemein besorgt um das Reich zeigen, das im Falle der Aufhebung der Steuer für etwa 50 000 Rissen, die bereits im Verkehr sind, zurückzahlen müßte, was ungefähr 7½ Millionen Mark ausmachen würde, so machen sie sich einfach lächerlich.

Der Hauptgrund ist vielmehr der: die Zündholzsteuer hat bereits einem Teil der kleinen Produzenten den Hals gebrochen; die übrig gebliebenen machen auf Grund der Steuer nette Extraprofite und wollen bei diesem einträglichen Geschäft nicht gestört sein. Das ist indessen nur ein Grund mehr, die verhaßte Steuer zu beseitigen.

### Japan.

Folterungen in japanischen Gefängnissen. Die „Agence d'Extreme Orient“ läßt sich einen Artikel des „Japan Chronicle“ melden, in dem schwere Anklagen gegen die Japaner wegen Torturen in den Gefängnissen von Korea erhoben werden. Die häufigste Art der Marterungen bestehe darin, daß man den Unglücklichen an einer Fußzehen mit dem Kopf nach unten aufhänge, wobei der Körper festgeschnürt werde, und zwar solange, bis der Angeklagte ein Geständnis abgelegt habe. Auch die Geißelung werde häufig angewandt und neuerdings habe ein japanischer Staatsanwalt in einem Spielerprozess 80 Stockschläge für den Angeklagten beantragt, obgleich das japanische Gesetzbuch die körperliche Züchtigung abgeschafft habe. Andererseits veröffentlichten die asiatischen Blätter Telegramme aus New York, worin Reverend Brown, der Vorsitzende des presbyterianischen Missionsbureaus, die Anschuldigung der Marterungen bestätigt. Brown hat eine Eingabe an den Präsidenten Laft gemacht. Die Missionäre hätten oft festgestellt, daß die Bekehrten unter irgend welchen Vorwänden festgenommen wurden, und daß am Tage darauf an ihrem Körper Brandmale und andere Zeichen von Marterungen zu finden waren. Neuerdings sei ein Koreaner an den Daumen aufgehängt worden, um ihm das Geständnis zu entreißen, daß er an dem Attentat gegen den Vicomte Treachti teilgenommen habe. Ferner wird behauptet, daß mehrere christlich Konvertierte in den Gefängnissen zurückgehalten worden sind, bis die Spuren ihrer Marterungen verschwunden waren.

### Der Kampf im Maschinengewerbe.

Im Schneidergewerbe ist die Grundlage für die Beratungen über einen Lohnvertrag die ärztliche. Wenn die ärztlichen Verhandlungen nicht zum Ziele führen, treten die Hauptvorstände zusammen und versuchen für die Orte, die keine Verständigung erzielten, durch die Hauptvorstände unter Hinzuziehung örtlicher Vertreter zu einer Einigung zu gelangen. — Am 22. Februar begannen diese Verhandlungen; sie nahmen mehrere Tage in Anspruch. Zunächst verhandelten die Hauptvorstände über all die Punkte, die nicht direkt mit der Lohnfrage im Zusammenhang stehen, z. B. über die Verlegung der Firmen in eine höhere Lohnklasse (es bezieht 5 Lohnklassen, in die die Firmen je nach Ort ihres Sitzes und der Herstellung der Fabrikate eingeteilt sind), Lieferung von Zutat, Vertüzung der Arbeitszeit, über all diese Punkte waren am Orte meist keine Einigungen zu erzielen. Um die Verhandlungen nicht zu erschweren, ließen die Arbeitervertreter von ihren Forderungen manches ab, auch erklärten sie, daß an der Klasseneinteilung die Einigung nicht scheitern sollte. Weiter war noch die Bezahlung der Handarbeit strittig; die Unternehmer verlangten nämlich, daß für den Fall, wenn bei einer Arbeit Handarbeit vorgehen sei, die vom Arbeiter entgegen der Weisung mit der Maschine ausgeführt wird, für jede Nacht 20–25 Pfg. in Abzug gebracht werden sollen. Darauf konnten sich die Arbeitervertreter nicht einlassen, weil das fortwährend Differenzen ergeben hätte, sie erkannten aber an, daß die im Tarif festgelegten Handarbeiten von den Arbeitern zu leisten seien und lag ein Mittel, das diese Handarbeiten nicht leistet und entlassen wird, nicht vom Verband geschügt werden könnte. Nachdem fanden die eigentlichen Tarifberatungen statt. In diesem Jahre ist

an der Lohnbewegung auch München beteiligt, wofür der Unternehmerverband seinen Sitz hat. Die Personen, die den Vorstand bilden, haben selbst ein Geschäft und müßten also auch die Lohnerbhöhungen zahlen. Sie hatten auch eine Lohnerbhöhung geboten, die den Arbeitern aber nicht genügte. Auf Veranlassung des Unternehmerverbandes wurden die Beratungen der örtlichen Vertreter abgebrochen und den Arbeitern ein Ultimatum gestellt. Sie wollten durchschnittlich 5 Proz. Zulage gewähren, und zwar in der Weise, daß in einem Ort mehr, in einem anderen weniger gezahlt würde. Damit erklärten sich die Hilfsverbände nicht einverstanden. Sie verlangten, daß angegeben werde, wieviel Prozent Lohnerbhöhung für jeden Ort bewilligt werde. Darauf gingen die Unternehmer nicht ein, sie erklärten, sie könnten das nicht, weil sich die Prozentzuschläge auf die einzelnen Stücke nicht gleichmäßig verteilen ließen; aber sie wollten als letztes Ultimatum die Tarife für jeden einzelnen Ort ausshändigen. Sie legten hinter das Tarifschema für jeden einzelnen Ort die aufgeschlagenen Prozente und verlangten Endlock-Annahme oder Ablehnung dieses Schemas. Was bis jetzt angeboten wäre, geschähe unter der Voraussetzung, daß darüber verhandelt werden solle, aber dieses sei das letzte Angebot. Es wurde von den Ortsvertretern entgegengenommen, um Vergleiche anzustellen zwischen den bisherigen Löhnen und denen, die die Unternehmer jetzt als letztes Angebot bezeichneten. Dieses Angebot genügte allen Orten nicht; sie erklärten, es vor ihren Mitgliedern nicht vertreten zu können. Darob ein Sturm der Entrüstung bei den Unternehmervertretern. Hauptächlich wurde der Vertrag deshalb abgelehnt, weil der Unternehmerverband nicht gestattete, für die einzelnen Orte das Angebot anzunehmen oder abzulehnen, sondern die Vorlage als einheitliches Ganzes betrachtet wissen wollte. Darauf erklärten die Unternehmer die Verhandlungen für gescheitert. Die Arbeitervertreter beschloßen, wo am 1. März die Tarife ablaufen, die Arbeit bei den Verbandsfirmen einzustellen. Weiter sollen die Streikenden die erste Woche auf Unterstützung verzichten. Die örtlichen Vertreter haben dem einstimmig zugestimmt. Vom 1. März ab zahlen die in Arbeit stehenden Verbandsmitglieder doppelte Wochenbeiträge. Für die Lohnbewegung in der Maschinenerei kommen etwa 250 Firmen, die dem Unternehmerverband angehören in Betracht. Beschäftigt werden bei diesen Firmen rund 22 000 Gehilfen. Davon sind im freien Verband 15 000 organisiert, in den beiden anderen an der Bewegung beteiligten Verbänden etwa 7000. Unrichtig ist, was in den bürgerlichen Blättern nicht allein über die Zahl der Beteiligten zu lesen ist, sondern auch, daß die Arbeiter Frankfurter Löhne fordern. Die Arbeiter fordern den örtlichen Verhältnissen angepasste Löhne.

### Aus Sübek und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 29. Februar.

Achtung, Müller, und Mühlener Arbeiter! Wegen Mispregelung eines Kollektgen haben 20 Müller und Mühlenarbeiter der Gränmühle S. und J. Brüggel, Hafenstraße, die Arbeit eingestellt. Zutritt ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Mühlenarbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, und ist von 9 bis 7 Uhr geöffnet.

Arbeiter und Arbeiterinnen der Fischräuchererei und Marinierindustrie, Achtung! Gesperrt sind wegen Ablehnung des eingereichten Lohnvertrags die Firmen Trolgroe u. Co., Altona, Große Freiheit 70, und H. Sprinz, Lohmühlensstraße 59, Altona, Fischräuchererei und Marinieranstalten. Verbänd der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Hamburg.

Witwen- und Waisenrenten. Aus dem Arbeitersekretariat wird uns geschrieben: Bekanntlich ist der Teil der Reichsversicherungsordnung, welcher die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung umfaßt, am 1. Januar d. J. in Kraft getreten. Für die Witwen und Waisen solcher Versicherter, welche nach dem 1. Januar 1912 mit dem Tod abgingen, besteht unter bestimmten Voraussetzungen das Anrecht auf Rente. Ein Teil der wichtigsten Voraussetzungen sei hier erwähnt.

Zunächst müssen für den Verstorbene(n) mindestens 200 Markten gelebt worden sein. Die Inwartschaft auf Rente darf auch nicht verfallen sein; die Inwartschaft auf Rente verfällt, wenn in einem Zeitraum von 2 Jahren keine oder weniger als 20 Markten gelebt wurden. Für Selbstversicherte kommen weitere Bestimmungen in Betracht. Die Inwartschaft auf Rente kann auch wieder aufheben, falls sie verlustig ging, doch über solche Fragen hole man sich Rat ein.

Witwen Versicherter haben Anrecht auf Rente, wenn sie invalid im Sinne des Gesetzes sind, das heißt, wenn sie mehr als zwei Drittel ihrer Arbeitskraft und Gesundheit verloren haben. Dieser traurige Zustand dürfte glücklicherweise nicht oft eintreten, besteht wirklich Invalidität im gesetzlichen Sinne, dann ist die zu gewährenden Rente ja sicherlich gering. Immerhin soll man seine Ansprüche aufrechterhalten. Es kann der Fall eintreten, daß eine Witwe in spätem Jahren noch invalid wird. Um für den etwaigen Fall die Ansprüche sicherzustellen, ist zu empfehlen, daß jede Witwe bald nach dem Tode ihres Gemanntes beantragt, daß ihre Berechtigung auf Witwenrente für den Fall der Invalidität festgestellt wird. Auch ohne daß die Witwe invalid ist, haben die Kinder unter 15 Jahren Anrecht auf Waisenrente. Wenn auch diese Renten sehr gering sind, so wäre es doch füttrich, auf sie zu verzichten. Es ist daher der Antrag auf Gewährung der Waisenrente zu stellen, zugleich verbindet man damit den Antrag auf Sicherstellung der Witwenrente für den Fall später eintretender Invalidität.

Die Anträge werden beim Versicherungsamte, Mühlensstraße 72, Zimmer 6, gestellt. Für versicherte Ehefrauen ist noch folgendes zu beachten: Anrecht auf Witwenrente haben versicherte Ehefrauen nicht, ihnen steht im Falle der Invalidität Anrecht auf Invalidenrente zu. Versicherte Ehefrauen, also solche für die auf Grund eines Arbeitsverhältnisses Markten gelebt werden, oder die selbst leben, haben dagegen Anrecht auf Witwengeld, falls der versicherte Gemannt stirbt. Das Witwengeld wird in Form einer einmaligen Abfindung bezahlt, die Waisen erhalten in diesem Fall auch die Waisenaussteuer, diese wird im 15. Lebensjahr der Waisen fällig. Unbeschadet der Waisenaussteuer steht den Waisen das Recht auf laufende Waisenrente zu. Anträge auf die erwähnten Leistungen sind ebenfalls an der angegebenen Stelle anzubringen. Eine Rückerstattung von Beiträgen findet in keinem Falle mehr statt.

In allen anderen Fragen, auch in den vorstehenden, falls keine Klarheit herrscht, wende man sich um Rat an das Arbeitersekretariat.

Neue Asthmaforschungen. Ein hervorragender Arzt, der sich das Studium des weit verbreiteten Asthmas seit Jahren zu seiner besonderen Aufgabe gemacht hat, äußerte auf der letzten Versammlung der Britischen medizinischen Vereinigung, das Asthma sei in seinen Symptomen dramatisch, in seiner Pathologie hinterlistig und in seiner Behand-

lung unsicher. Hoffentlich ist die ärztliche Kunst nicht in einer so ganz hoffnungslosen Lage gegenüber diesem bösen Leiden, wie es dieser Ausdruck zu behaupten scheint, aber es muß zugegeben werden, daß die Krankheit zu den am wenigsten erkannten gehört. Mitunter läßt sich die hauptsächlichste Ursache, die überhaupt sehr verschiedenartig zu sein scheint, in der Natur in den Atemwegen auffinden, namentlich in der Nase, wo eine übermäßige Entwicklung des sogenannten erektilen Gewebes (Schwellgewebes) oft verhängnisvoll wird. Auf der anderen Seite kann eine asthmatische Anlage durch eine zu geringe Ausbildung der Muskelgewebe in den größeren Atemwegen die gleiche Folge haben. Das meiste Gewicht aber hat man immer auf den Zusammenhang des Asthmas mit nervösen Störungen gelegt, und die Mehrzahl der Sachverständigen nennt das Asthma im wesentlichen eine Nervenkrankheit. In der Tätigkeit der Atemorgane ist eine ungeheure Zahl von Nervenfasern beteiligt, von denen alle mehr oder weniger imstande sind, die Atmung in ihrem regelmäßigen Verlauf zu beeinflussen. Selbst in den feinsten Verzweigungen der Luftröhre finden sich noch Fasern, die mit dem bekannten „umherstreichenden Nerv“ in Verbindung stehen und durch diesen in ihrer Zusammenziehung und Ausdehnung beherrscht werden. Im gesunden Zustand erfolgt die Zusammenziehung mit der Einatmung, die Erweiterung mit der Ausatmung. Es ist nun aber die besondere Frage, durch welche Umstände die eigentlichen asthmatischen Erscheinungen herbeigeführt werden. Die ältesten Erklärungen rechnen dabei auch mit einer Art von Krampf in den feineren Nerven der Bronchien, andre mit einem Krampf des Zwerchfells. Neuerdings hat man auch eine Entzündung der Nerven mit Verdacht belegt, von denen der Eindruck abhängt. Dazu kommt die Beobachtung örtlicher Entzündungen der Schleimhäute in den Atemwegen, die bei den Anfällen von Asthma in einem ähnlichen Zustand geraten können wie die äußere Haut beim sogenannten Nesselfieber. Nach Gibson muß unterschieden werden zwischen echtem Asthma und gewissen Atemnotformen, die im Gefolge anderer Leiden auftreten und große Ähnlichkeit mit Asthma haben können. Solche Bezeichnungen wie Herzasthma, wovon man neuerdings sehr oft sprechen hören kann, sind durchaus irreführend. Es gibt eben nur ein echtes Asthma, dessen Ursprung wahrscheinlich in den Nerven zu suchen ist und von allen Arten der Atemnot unterschieden werden muß, die mit Herzleiden oder mit anderen Arten von Vergiftungen zusammenhängen. Daß die Nerven beim Asthma an erster Stelle im Spiele sind, wird namentlich deutlich durch die Erfahrungen erwiesen, daß Aufregungen wie Kummer, Ärger und dergleichen sehr dazu beitragen, um einen asthmatischen Anfall hervorzurufen. Daneben kommen freilich noch viele Einzelheiten in Betracht, die im Zusammenhang schwer zu erklären sind, namentlich die unguiltige Wirkung von Nebel und von gewissen Gerüchen. Unter den Mitteln gegen Asthma stehen Atropin, Chloroform, Ather und Morphium immer noch an erster Stelle.

**Vorlesungsreisen der Oberschulbehörde.** Das Gesangs- und Sprechorgan des Menschen. Den vierten und letzten Vortrag hielt Fräulein Clara Hoffmann am Mittwoch, den 28. Februar. Sie beschrieb, wie ein gewissenhafter Gesangslehrer bei der Übermenge der existierenden Methoden sich überzeugen müsse, ob seine eigene Schule gut sei; er kann das, indem er mit dem Arzt gemeinsam untersucht, ob die Stimmbildungsregeln, welche er vorschreibt, mit den anatomischen Tatsachen und den natürlichen Funktionen der Organe übereinstimmen. Ferner sollte er die Hilfsmittel, welche die experimentelle Phonetik dem Gesangslehrer bietet, benützen, um die Leistungen seiner Schüler in bestimmten Zeitabständen zu messen und festzuhalten. Dann kann der Lehrer das Ergebnis seines Unterrichts kontrollieren und beweisen. Hiernauf ging die Vortragende näher auf die verschiedenen Stimmfehler ein, welche Schädigungen oder Überanstrengungen des Stimmorgans zur Folge haben können. Rednerin machte dies anschaulich, indem sie den falschen Stimmklang nachahmte und den guten Stimmklang zum Vergleich gab und besprach dabei die Art und Weise, wie sie selbst diese Fehler beseitigen würde. Den Schluß machten Gesangsproben mehrerer Schülerinnen, welche früher sehr stimmkrank gewesen waren. Eine der Damen war schon drei Jahre als jugendlich-dramatische Sängerin an der Oper tätig gewesen. Infolge unrichtigen Singens hatte sie Stimmbandknötchen bekommen, welche durch zweimalige Operation entfernt worden waren. Gleichwohl blieb die Stimme völlig heiser, die Töne über CII verlafgen ganz. Nach einem Kursus im richtigen Atmen und Sprechen gelang es ihr vor jetzt etwa 1 1/2 Jahren, die Töne von CII bis CIII im äußersten pp wieder ziemlich klar anzusetzen. Durch Gesangsunterricht war sie dann bis jetzt so weit gekommen, daß sie gestern die Arie aus dem „Nachtlager von Granada“ mit klarer kräftiger Stimme und Tongebung sang. Mittellage und Tiefe sind nur noch etwas matt. Die Dame wird bald ihrem Beruf wiedergegeben sein.

In der Ortsgruppe proletarischer Freidenker sprach Dienstagabend Genosse K a l n b a c h-Hamburg über die Lehren, die aus dem letzten Reichstagswahlkampf für Freidenker gewonnen wurden. Er erinnerte an die Bauernbewegung am Ausgang des Mittelalters, wo im Ringen um Licht und Freiheit ein Aufbruch sich nicht — wie es sich gehört hätte — auf die Seite der von ihm ausgehenden Bauern gestellt, sondern auf diejenige der Unterdrückten, alten päpstlichen Herrschaften entprechend. In der Jetztzeit bildeten zwei große Parteien die gewaltigste Kämpfer im Kampfe der Arbeiterklasse: die hartnäckigste und gefährlichste Gegnerin der Sozialdemokratie verkörperte sich im Zentrum, das unter dem Deckmantel der Religion das gesamte Volk gegen die Arbeiterklasse aufzuheben versuchte und jeder Kulturbewegung hemmend in den Weg trete. Bei der Reichstagswahl habe gerade das Zentrum mit den unfruchtlichsten Mitteln gekämpft und mehr denn einmal sei der Zentrumsstimmzettel zum Abwärtzettel gestempelt worden. Alles, was in jahrhundertelangen Ringen besser wurde, geschah gegen den Willen der Kirche und in neuerer Zeit gegen den Willen des Zentrums. Toleranz und Gewissensfreiheit ist beim Katholizismus genau so verbannt wie bei der orthodoxen Protektion, mit der sich die Konservativen ohne Verschleiern ihrer wahren Absichten verbinden. Und beide Parteien haben als dritten Helfer den Staat, der sie im politischen Bestreben unterstützt und im sogenannten religiösen anerkennt, weil blinder Glaube wenig Denken voraussetzt und Gedankenlosigkeit Dummheit in sich birgt, die leicht zu beherrschen ist. Von der ersten Stunde an, in der Konstantin der Große aus Gründen der „Staatsraison“ dem Christentum den gesetzlich anerkannten Stempel aufdrückte, bis zum heutigen Tage arbeitet das Pfaffenstum daran, die mächtigen Mächte vergangener Zeiten an die Stelle der Aufklärung zu setzen. Spanien, unter den Mauren ein blühendes Land, weltberühmt durch seine Madrider Universität, hat Pfaffengewalt zugrunde gerichtet — noch ist der Entrüstungssehne inquisitorischer Barbarei, die an dem Freiheitsmann Ferrer begangen wurde, nicht verhallt, es zeigt uns am besten, wozu die unter schwarzem Talar verdeckte Gewalt und Herrschaft führt. Den Armen wird „drüben“ ein Paradies versprochen, das Schatzesammeln als Sünde verboten, derweil die Kirche selbst den bekannten großen Wagen skrupellos füllt. Die einen sollen angeblich

nach Gottes Willen den schweren Erdenweg entlagungslos dahinschreiten, die andern sich dieses paradisißlich einrichten, in Wirklichkeit aber weil Pfaffenstum und kapitalistische Herrschaft es gebieten. Dagegen muß sich jeder Sozialdemokrat wenden, er muß endlich das Pfaffenstum an der empfindlichsten Stelle treffen und seinen Austritt aus der Kirche erklären. Solange noch Hunderttausende von Arbeitern nicht die Überzeugung haben, daß sie nur als Mittel zum Zweck jener Parteien benützt werden, solange wird jener gewaltige strahlende Einfluß auf das arme Volk nicht gebrochen. Deshalb sind wir Materialisten und Sozialisten, weil wir ein Gottesreich auf Erden errichten wollen, in dem nicht mehr den Armen überlebte mosaische Schöpfungsmärchen und den Reichen wissenschaftlich verbrieftes Entwicklungsgefesse gelehrt werden. Wir wollen wahre Lebenskenntnis, aufzuklären mit veralteten Anschauungen, die heute nur noch Unterdrückungsweck haben, wollen Licht und Sonne in die moirigen Winkel scheinen lassen zum Wohle der ganzen Menschheit. Mitwirken an diesem Ziel sollte neben gewerkschaftlicher und politischer Tätigkeit jeder freibewegliche Arbeiter.

**Überfahren.** Montag früh kurz nach 8 Uhr wurde in der Wallenhorststraße, Ecke Fackenburg Allee, eine die Straße überschreitende Frau von einem Wagen der Hansameierei überfahren; sie erlitt dadurch so schwere Verletzungen, daß sie nach dem Krankenhause transportiert werden mußte, wo ihr sofort ein Bein abgenommen wurde. Das andere Bein ist ebenfalls sehr schwer verletzt und es ist fraglich, ob es erhalten bleiben wird. Der betr. Kutscher kummerte sich gar nicht um die schwer verletzte Frau, sondern fuhr mit seinem Wagen schnellstens davon, ohne erkannt zu werden. Die Hansameierei wird jedenfalls feststellen können, welcher Wagen um diese Zeit in diese Straße einfährt. Bekannt ist nur, daß der Wagen mit einem Schimmel bespannt war.

**Ein Einbruchdiebstahl** wurde gestern abend gegen 11 1/2 Uhr bei der Witwe Brede, Wessertin der Finkenberger Wähe in der Molslinger Allee, verübt. Der Dieb kletterte durch ein Fenster, das er zertrümmerte, in die Wohnstube ein, entwendete ein auf dem Schrank liegendes Portemonnaie mit 35—40 Mk. Inhalt, eine Brieftasche sowie verschiedene andere Kleinigkeiten. Dann verschwand der Langfinger unbemerkt.

**Ein Schadensfeuer** entstand gestern in der zweiten Etage des Hauses Pereopaltstraße 50. Es verbrannten die Schlafzimmereinrichtung sowie teilweise auch die Mobilien der anderen Zimmer und der Küche. Der Feuerwehr gelang es bald, das Feuer zu löschen, das auch schon die Bodenräume miterfaßt hatte.

**Öffentliche Friseurkurse** (Parade 1) Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 1. März, abends 6—7 Uhr.

**Stadthaus-Theater.** Morgen Freitag, abends 8 Uhr, geht das Schauspiel „Die Anna-Liese“ von Herich nochmals in Szene.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Morgen Freitag findet die Uraufführung der Oper „Eugen Onegin“ von Tschailowsky statt. — Am Sonnabend kommt die reizvolle komische Oper „Vocaccio“ von Franz von Suppe, welche mit sehr hübschem Reizfall aufgenommen wurde, zur Wiederholung. — Am Sonntag abend 7 Uhr erscheint, vielseitigen Wünschen entsprechend, „Der Rosenkavalier“. — Von Richard Strauß, nochmals auf dem Spielplan. — In Vorbereitung befinden sich die beiden Wagnerischen Werke „Siegfried“ und „Die Meistersinger von Nürnberg“ für das Gastspiel des Kammerjägers Heinrich Knote.

**Hamburg. Streit der Schneider in Hamburg.** Eine von über 2000 Schneidern besuchte Versammlung im Gewerkschaftshause beschloß, daß am Donnerstagsabend die Arbeit in allen Maßgeschäften, die dem Unternehmerverbande angegeschlossen sind, niederzulegen ist. Die Damenschneider in diesen Geschäften schließen sich dem Streik an. Die Streikenden verzichteten für die ersten acht Tage auf jede Unterstützung. Die Kollegen, die weiter arbeiten, verpflichteten sich, während der Dauer des Streiks einen Extrabeitrag in Höhe des doppelten Wochenbeitrags zu zahlen. In Frage kommen 118 Geschäfte mit etwa 1600 bis 1700 Arbeitern.

**Schönberg i. M.** Der Landtag für das Fürstentum Radeburg war Dienstag zu einer Tagung nach hier berufen, der ersten seit den Neuwahlen. Noch jedes Jahr seit der Beschlußfähigkeit der Landesvertretung ist Lage darüber geführt worden, daß den Abgeordneten die Tagesordnung erst am letzten Tage zugestellt war. Diesmal fanden sie die Abgeordneten erst bei Beginn der Sitzung auf ihrem Plage vor. Es wurde daher beantragt, die Verhandlungen zu versetzen und den Abgeordneten die Vorlagen gedruckt zuzustellen, bei demnächstigen Tagungen mindestens 14 Tage vorher. Der Vorsitzende, der hier residierende Landdrost, sagte nach dem „S. G.“ wohl die Drucklegung der Entwürfe, aber nicht die vorherige Versendung zu, denn beraten würden sie auf dem Landtage und nicht draußen. Darauf wurde sich die Regierung in Neustrelitz nie einlassen, schon deshalb nicht, weil bei Vorlagen, denen man nicht sympathisch gegenüberstehe, zu befürchten sei, daß dann die Abgeordneten zu Kaufe blieben. Der Landtag beschloß dann, die wichtigen Vorlagen von der Tagesordnung abzusetzen, verlangte deren Drucklegung und wird in 14 Tagen zur Beschlußfassung darüber wieder zusammenkommen. Von den Dienstag erledigten Punkten sind einige über Petitionen gefaßte Beschlüsse bemerkenswert. Bei dem Gesuch um Errichtung einer Chauffeegeld-Hebestelle in Bietzen bei Radeburg war beantragt worden, sämtliche Chauffeegeld-Hebestellen, weil verkehrshindernd aufzuheben. In Rücksicht auf die damit verbundene Einnahme für den Landesfonds wurde der Antrag abgelehnt, vielmehr die Erhebung des Chauffeegeldes nach den zurückgelegten Kilometern unter gleichzeitiger Erhöhung der Abgabe beschlossen. Der Großherzog soll gebeten werden, aus den Mehreinnahmen des Zehnten- und Zehntlings einen Teil in den Landesfonds fließen zu lassen. Der Bauern- und Bürgerverein für das Fürstentum hatte zur Schaffung besserer Verkehrswege usw. um den Erlaß einer Gemeindeordnung petitioniert. Es wurde hierzu mitgeteilt, daß die Regierung schon seit längerer Zeit Erwägungen darüber pflege, und daß die Vorlegung eines Entwurfs demnächst zu erwarten sei. Da der niedrigste Satz der Lehrer-Witwenpension nur 90 Mk., der höchste aber nicht 200 Mk. erreicht, beschloß man, die Regierung um Gewährung einer Pension von 250 Mk. für die Lehrwitwen zu ersuchen. Da die Mehraufwendungen der Landesfonds trägt, ist auf die Zustimmung der Regierung zu rechnen. Schließlich wurde beschlossen, die Regierung, die zum Bau einer Chauffee nach Carlom über Raddingsdorf nur 30 000 Mk. beisteuern will, um eine Beihilfe von 45 000 Mk. zu ersuchen.

**Schwerin.** Die ritterschaftliche Schule in Mecklenburg. Die mecklenburgische Regierung hat wieder einmal die Wünsche der Ritter erfüllt. Die unzulänglichen

**Längtagsbeschlüsse über das ritterschaftliche Schulwesen.** Geseh geworden und treten am 1. Oktober d. J. in Kraft. Der Unterricht erstreckt sich im allgemeinen auf die religiöse und stilkliche Ausbildung der Jugend in der Religion sowie auf Ausbildung des Verstandes und Gedächtnisses für den Bedarf des praktischen Lebens auf dem Lande. Diese aus der berücksichtigten Patentverordnung von 1821, die durch die neue Verordnung nur ergänzt werden soll, übernommenen allgemeinen Grundsätze kennzeichnen die ganze Verordnung. Der Charakter einer allgemeinen Bildungsanstalt liegt der ritterschaftlichen Schule fern, sie ist und bleibt Armenthule, bestimmt, den Kindern der Gutsbesitzer gerade so viele Kenntnisse mitzutheilen, als das Interesse der Gutsbesitzer erfordert. Wenn auch die Zahl der Unterrichtsfächer erhöht ist und die Realklassen obligatorische Unterrichtsfächer werden, so sind doch Rechnen, Turnen und weibliche Handarbeiten höchst überflüssige Dinge. Die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden ist erhöht, aber nicht so hoch wie die im Domantium; die Dienstschule bleibt bestehen. Die Erhöhung der Zahl der wöchentlichen Schulstunden für sie ist ein kleiner Fortschritt, der aber durch die Bestimmung, daß die Dienstschüler nur in Religion, Rechnen und Deutsch unterrichtet werden sollen, wieder eingeengt wird. Das Dispenfationsrecht ist derartig geordnet, daß die Gutsbesitzer alle Verbesserungen nach ihrem Belieben illusorisch machen können.

### Aus der Jugendbewegung.

**Jugendwächter im Dalkes.** Um die Jugend — selbstverständlich nur die proletarische — wieder für das christliche und vaterländische Ideal zu gewinnen und um der maßlosen Vergehungen dieser männlichen Jugend durch den Umsturz entgegen zu treten, bemühen sich fortgesetzt Personen jener Schichten der Bevölkerung, die offenbar ein besonderes Interesse an solchem Vorgehen haben. Die Erfolge sind bisher so gut wie ausgeblieben, trotzdem wird der Sport noch lustig weitergetrieben. Einen keineswegs günstigen Rückschluß auf das Ideal der jugendwächter läßt ein Zirkular zu, das in letzter Zeit durch Deutschlands Gaus floß und in dem der Vorstand des christlichen Vereins Junger Männer Berlin Nord-Ost um finanzielle Unterstützung bettelt. In dem Schreiben heißt es u. a.: „Durch eine notwendige Vergrößerung unserer Arbeit sind wir zur Zeit in einer finanziellen Notlage. Auf den angebotenen Aufruf hin sind uns zwar eine Reihe von Gaben zum großen Teil aus armen Kreisen der Bevölkerung (!!) zugegangen, doch genügt die vorhandene Summe kaum zur Deckung der laufenden Ausgaben...“ Handschriftlich ist dem Aufruf zugefügt: „Der obigen Bitte schließt sich an: Michaelis, Unterstaatssekretär.“ — Wenn die Herren etwas für die proletarische Jugend tun wollen, so mögen sie die Volksschule reformieren; im übrigen sollten sie die Aufklärungsarbeit unter der Jugend der arbeitenden Klasse der organisierten Arbeiterschaft überlassen.

### Soziales.

**Die Errichtung einer Arbeitslosenversicherung** ist von unseren Parteigenossen in den städtischen Kollegien Nürnbergs seit Jahren angestrebt worden, aber die freisinnig-liberale Mehrheit hat sich stets gegen derartige Anträge ablehnend verhalten mit der Ausrede, daß eine einzige Stadt eine solche Versicherung für sich allein nicht einführen könne, weil sonst von auswärts viele Elemente herangezogen würden, die auf die Arbeitslosenunterstützung spekulieren usw. Diese Frage müßte vom Reich oder Bundesstaat gesetzlich geregelt werden. Am Montag hat der Stadtmagistrat Nürnberg den Etat für 1912 beraten, bei welcher Gelegenheit wieder der Antrag gestellt wurde, den Betrag von 30 000 Mark für eine Arbeitslosenversicherung einzusetzen; diesmal stimmte die Mehrheit dem Antrag zu, klappte aber daran die Bedingung, daß die bayerische Regierung mindestens den gleichen Betrag auswerfe, nachdem der Minister v. Brettreich seinerzeit im Landtage erklärt hat, die Regierung sei bereit, den Gemeinden, die die Arbeitslosenversicherung einführen, Zuschüsse zu bewilligen. Herr v. Brettreich ist aber nicht mehr Minister; wie die jetzige Zentrumregierung sich zur Frage stellt, weiß man noch nicht recht, dagegen weiß man, daß die Zentrumspartei selbst keine große Sympathie für derartige Dinge hat. Deshalb konnten die liberalen Stadtväter, auch wenn sie im Innern ihres Herzens ebenfalls nichts von der Geschichte wissen wollen, mit der erwähnten Bedingung leicht ihre Zustimmung geben.

### Handels- und Marktnachrichten.

**Lübeker Marktpreise vom 28. Februar.**  
Bauern-Butter 1,45—1,60 Mk., Meierei-Butter 1,55—1,60, Hasen —, —, Enten 4,00—4,50 Mk., Hühner 2,00—2,80 Mk., Ruten Stück —, —, Tauben Stück 0,60—0,70 Pf., Gänse 0,65 Mk., Glatgans 2 Mk., Schinken 0,85—0,95 Mk., Schweinestopf 0,50—0,60 Pf., Wurst 1,20—1,40, Eier Stück 9—10 Pf., Heringe —, —, Dorsche wenig, Süßwasserfische genüg., Karpen 1,00 Mk., Geräuch. Lachs 1,00—2,00 Mk., Schlei 1,40—1,60 Mk., Brachsen 50—60 Pf., Sechte 0,60—70 Pf., Barfche 50—60 Pf., Aal 0,80—1,00 Mk., Karauschen 0,50 —, —, Gemüse genüg., Blumenkohl d. Kopf 0, —, —, —, Kohl 100 Pf. —, —, Gurken, 100 Pf. —, —, Zwiebeln, hiesige, 0,50 —, —, Aepfel, verschiedene pr. 100 Pf. —, —, Pfäumen, pr. 100 Pf. 0,75 —, —, Kirichen 0,50 —, —, Kartoffeln neue 10 Pf. 50—70 Pf., Mand 0,50 —, —, —.

**Getreidepreise.**  
Lübeck, 28. Februar.  
Weizen, 128—134 Pf. holl. 203—208 Mk. Roggen 120—125 Pf. holl. 188—190 Mk., Gerste, nach Qualität 195—205 Mk. Hafer, nach Qualität, 198—204 Mk. alter —, —, hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

**Butter-Notierungen**  
d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein  
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.  
Hamburg, 28. Februar.  
1. Klasse 367 Drittel zu 144,99 Mk. im Durchschnitt.  
2. „ 24 „ 138,77 Mk. „  
Unverkauft blieben — Tonnen.

### Literarisches.

**Gingegangene Schriften und Bücher.**  
„Sozialistisches Monatsheft“, Heft 4.  
„Neue Zeit“, Heft 21.  
„Wahrer Jakob“, Nr. 5.  
„Gleichheit“, Nr. 11.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübek und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schmarb. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Am Dienstag abend ward bldg. lch unsere kleine Luise im Alter von 2 1/2 Jahren. Muß tiefste betrauert von ihren Eltern und Geschwistern.  
**W. Döschner und Frau, geb. Meyer.**

Umständehalber zum 1. April eine Drei-Zimmer-Wohnung event. mit Stallung und Lagerraum zu verm.  
 Schützenstraße 24a, pt.

Zu vermieten eine fl. Wohnung (Zimmer und Küche) an eine alleinstehende Frau. Preis Mk. 100.—  
 Untertrave 7.

Eine freundl. fl. Wohnung für kleine Familie, Mk. 180  
 Hundestraße 87, I.

Gesucht eine alleinstehende Frau ohne Anhang, am liebsten vom Lande bei Rahsburg, als Hauswirtschafterin bei einem Witwer von 60 Jahren. Näh. Rosenstr. 17/18.

Gesucht ein Mädchen, das Ostern die Schule verläßt, zu häuslichen Arbeiten  
 Böttcherstraße 18.

Suche zu Ostern oder zu sofort einen Dienstjungen od. Knecht der Lust hat zur Landwirtschaft und zum Melken.  
**W. Tidow, Wesserau bei Reinickd.**

Zum 1. Mai ein Mädchen welches Ostern die Schule verläßt, für leichte Hausarbeit.  
**Frau D. Wagner, Poststr. 8.**

Gesucht 3000 Mark zu sofort.  
**E. Zachow, Georgstraße 37.**

1 Paar Halbhufer, Größe 45, 1 eiserne Weiffelle, 1 Petroleum-Maschine, 1 Aquarium billig zu verkaufen. Klappenstraße 24a, pt.

Ein schm. Kimono-Mantel und eine Sportkappe mit Gummireifen zu verkaufen. Glorinstr. 7, III.

Ein fast neues Fahrrad zu verkaufen.  
 Bei St. Johannis 22, II. Unts.

Ein flammiger Doppel-Petrol-Heizkessel billig zu verkaufen.  
 Dröckstraße 5a, II.

Ein 7 Monate alter Sahn zu verkaufen  
 Brüdernstraße 14, I.

Ein Huhn zugekauft  
 Kottwischstraße 21, pt.

Seibe Gartenerde 10 Wfd. 50 Wfd., gute Magnum Bonum 10 Wfd. 55 Wfd., 100 Wfd. billiger. Frische Trinkeier Stück 10 Wfd. empfiehlt  
**C. Prestin, Fleischhauerstr. 60.**

**Schuhwarenlager**  
**Heinr. Beckmann**  
 Reiferstraße 3.

Empfehle neu eingetroffene Herren-, Damen- u. Kinderhosen

zu billigen Preisen. Gr. Auswahl in Konfirmations-Stiefel, eine Partie Damen-Schuhstiefel, passend für Konfirmanten.

Chebreau imit. Gr. 36-42 4,75 M. Vorkauf . . . Gr. 36-42 6,75 M. Restbestände und Einzelpaare in genügender Auswahl zu Einkaufspreisen.

**Aug. Büttner, Uhrmacher,**  
 32 Huxstraße 32.

Reparaturen an Uhren und Goldwaren zu den best. billigen Preisen. Prima Uhrgläser 25 Wfd. Mein eingetroffen: — Moderne Wanduhren. —

**Geschlechtsverkehr**  
 und **Geschlechtskrankheiten.**

Von Dr. C. Gebert. Preis 20 Pf. Preis 20 Pf. Zu beziehen durch die

**Friedr. Meyer & Co.**  
 Johannisstraße 46.

**Mansa-Theater.**

Telephon 610. Direktion Reinh. Gollbach. Telephon 610. Freitag, den 1. März 1912:

**Gastspiel**  
**Gollbach-Ensemble.**

**Die rote Mühle.**  
 Le Moulin rouge. Aus dem Apachenleben von Paris. Mit glänzenden Ausstattung.

Vorverkauf bei Sager und Niemeyer, Zigarrengeschäfte.

**Neue Subskriptions = Eröffnung**

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch für nur 25 Pfennig

pro Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressanten Erlebnisse und Erfahrungen

**Carl Sagenbeck** Von Tieren und Menschen



„Ein Volksbuch im besten Sinne“ ist Carl Sagenbecks Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielte, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse u. Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er versteht es, seine Erlebnisse so interessant u. spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

**80000** Exemplare bereits verkauft

Carl Sagenbeck der bloße Name läßt vor den Augen die seltsam ansehendsten Bilder entstehen von fernem Erdteilen, deren Jagdgründe die Säher und Jäger des größten Tierreiches der Welt durchstreifen, dem fast sämtlich zoologischen Gärten ihre Bestände verdanken. Allgemein bekannt sind die erlauchtesten Erlebnisse Sagenbecks, die Kamele, Tiger, Wären und andere wilde Tiere in friedlichem Zusammenleben zusammenzuführen läßt. Carl Sagenbecks Aufzeichnungen sind die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten Jahren erschienen ist.

Carl Sagenbecks Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe enorm scheinender und unübersehbar anschaulich geschilderter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Weltreisender geworden ist, und enthält eine Fülle sehenswerter Lebenserfahrung. Auch für die reife Jugend bedeutet Sagenbecks Werk ein Buch, wie es sich besser nicht denken läßt.

Von der ersten bis zur letzten Seite fällt uns der Inhalt der oft mit zu Herzen gehenden humor vorgetragenem Schilderungen gefangen. Dabei ist Carl Sagenbecks Werk keine bloße Unterhaltungsliteratur, es ist ein Bildungsergebnis ersten Ranges. Ein neuer „Weg“ liegt hier vor uns, seiner lehrhaften Form entbehrend und um die Offenbarungen eines weltumfassenden Geschäftsgenies bereichert.

Das Werk ist auch in einem M. 6. — Bande zum Preise von M. 6. — zu beziehen von der Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co., Lübeck.**

West. anfüllen: **Bestellchein** und einleiten  
 an die Buchhandlung **Fr. Meyer & Co.**  
 Unterzeichnete... bestellt hierdurch  
**Carl Sagenbeck, Von Tieren und Menschen**  
 Bestellt in 21 Lieferungen à 25 Pf. = 5,25 M.  
 nach einer Einzahlung von 75 Pf.  
 Abgesandt ist eine Lieferung zugewandt.  
 Maßgabe. Komplet in 1 Band für M. 6.—  
 (Rücksendungsgeld ist zu berücksichtigen)  
 Name und Ort: \_\_\_\_\_  
 Gemachte Abreise: \_\_\_\_\_

**Freie Jugend Lübecks.**

Sonntag, den 3. März 1912 von nachmittags 4 1/2 Uhr an:

**Zusammenkunft** im „Gewerkschaftshaus“  
 Johannisstraße 50-52.

Anschließend: Monatsbesprechung. Der Jugend-Ausschuß.

**Arbeiter-Abstinenzbünd**

**Versammlung** am Freitag, dem 1. März 1912  
 abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“  
 Johannisstraße 50-52.  
 Der Vorstand.

**Lübeker Lehrer-Gesangverein.**

**KONZERT** zum Besten einer Reisekasse für Schüler und Schülerinnen  
 am Sonntag, dem 3. März 3 1/2 Uhr nachm.  
 im Kolosseum.  
 Einrückende: 500 Schüler und Schülerinnen.  
**Lüb. Lehrer-Gesangverein.**  
 Eintrittskarten a 1.— Mk. (numeriert) und 25 Wfd. (unnumeriert) bei **H. W. Raibel.**

Am heutigen Tage eröffne ich in meinem zweiten Laden

**Huxstraße 26** eine Spezial-Abteilung für **Regenschirme und Spazierstöcke**

und empfehle meine große Auswahl für Damen und Herren zur gen. Beachtung. Billigste Preise. Reelle Fabrikate. Reparaturen schnell und billigt.

**Walter Stalbohm, Huxstrasse 26.**



**Knorr-Hafermehl**

ist als Nähr- und Kräftigungsmittel von erstaunlicher Wirkung, weil ein wissenschaftlich erprobtes Fabrikationsverfahren in unübertrefflicher Weise die Nährstoffe aufschließt.



Morgen Sonnabend:  
**Billiger Seefischtag!**  
**C. G. Kuhnert Söhne**  
 Holstenstraße 21. Telephon 554.

**Sanitätsverband der freien Hilfskassen Lübecks.**

Außerordentliche **General-Versammlung**

Donnerstag, 29. Februar 1912 abends 8 1/4 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“  
 Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:  
 1. Wie stellen sich die freien Hilfskassen zur Reichsversicherungsordnung? Referent: Arbeitersekretär **P. Hoff.**  
 2. Innere Verbandsangelegenheiten.

**Der Vorstand.**  
 NB. Zu dieser Versammlung sind sämtliche Vorstandsmitglieder der freien Hilfskassen Lübecks hierdurch eingeladen. **D. O.**

**Achtung! Schauerleute**

Außerordentliche **Sektions - Versammlung**

am Freitag, 1. März, abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“  
 Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:  
 Bericht der Lohnkommission über die letzte Verhandlung mit dem Reederverein.  
 Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

**Der Vorstand.**

**Graphische Liedertafel.**

Folgende Losnummern wurden mit Gewinnen gezogen:

35	59	87	97	118	166	205
234	255	270	280	343	348	365
379	425	454	472	475	504	515
517	535	566	572	592	599	606
616	629	701	709	754	764	781
855	892	903	913	943	951	964
971	991	996	1000	1002	1030	1033
1040	1058	1121	1126	1176	1195	1232
1304	1409	1422	1454	1474	1488	1489
1496	1509	1543	1556	1587	1638	1677
1679	1682	1696	1705	1747	1770	1771
1792	1815	1866	1904	1925	1950	1961
1977	2000	2045	2068	2100	2123	2151
2163	2264	2307	2378	2385	2503	2516
2518	2544	2606	2632	2633	2651	2678
2719	2772	2800	2898	2905	2913	2914
2920	2921	2934	2966	3031	3038	3067
3074	3078	3092	3119	3201	3202	3219
3220	3244	3252	3261	3302	3306	3363
3353	3384	3388	3423	3425	3462	3468
3494	3497	3542	3550	3570	3573	3577
3583	3606	3640	3646	3670	3714	3733
3763	3784	3830	3849	3867	3870	

Die Gewinne sind Sonntag, den 3. März, vorm. 9-12 Uhr, von „Kiesewetters Klubhaus“ abzuholen, später bei Joh. B. Arg. Bleichersstraße 4a, I. Bis zum 1. April nicht abgeholte Gewinne verfallen der Vereinstafel.

**Kainbergs UNIVERSUM.**  
 Treffpunkt aller fröhlichen Menschen!  
 Beg. abds. 8 Uhr. Ende 12 Uhr.  
 Entree 20 Wfd.

**Neues Stadttheater.**

Freitag, den 1. März. 7 1/4 Uhr. Voll-Ab. 140. Freitag-Ab. 23. Erstaufführung! „Aen!“

**Eugen Onegin.**  
 Oper von P. Tschaikowsky.  
 Sonnabend, 2. März. 7 1/4 Uhr. Voll-Ab. 141. Sonnabend-Ab. 13. Gastspiel der Hofopernsängerin **Frieda Schreiber** vom Herzogl. Hoftheater Schwerin.

**Boccaccio.**  
 Romische Oper von Ft. v. Suppé.  
 Sonntag, den 3. März. 7 Uhr.

**Der Rosenkavalier.**  
 Oper von Richard Strauß.

**Stadthallentheater.**  
 Freitag, den 1. März. 8 Uhr.

**Die Anna-Lise.**  
 Schauspiel von Heinr. Gersch.  
 Vorkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Rob. Roßmarkt 13.

## König Landrat als Wahlmacher.

Von den preussischen Landräten im allgemeinen und von den pommerischen im besonderen ist in der letzten Zeit mancherlei bekannt geworden. Landrat v. Matzahn im pommerischen Kreise Grimmen trug durch seinen Prozeß gegen den fortschrittlichen Rittergutsbesitzer Becker wesentlich dazu bei, daß die breitere Öffentlichkeit näher vertraut mit den preussischen Landratsgepflogenheiten wurde. Becker wurde von einem pommerischen Gericht wegen Beleidigung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und, als das Reichsgericht dieses Urteil aufhob, immer noch auf drei Monate eingelockt.

Jetzt hat derselbe Landrat Matzahn einen neuen wertvollen Beitrag zur Charakteristik landrätlicher Diktatur geliefert. Im Amtsbezirk des Herrn v. Matzahn standen sich in der Stichwahl der fortschrittliche Kandidat Gothein und der Konservative Dr. Langemak gegenüber. Als Landrat glaubte sich v. Matzahn berechtigt, die ihm unterstellten Gemeinde- und Gutsvorsteher folgendermaßen „anzuwelsen“:

„Der Landrat. Grimmen, den 18. Januar 1912.  
Die Bekämpfung der staats- und verfassungsfreundlichen Sozialdemokratie ist von der Kgl. Staatsregierung aus Anlaß des gegenwärtigen Wahlkampfes wiederholt und mit Nachdruck als die Aufgabe aller staatsreuen Bürger bezeichnet worden. Um einer irrtümlichen Auffassung der sich hierauf insbesondere auch für die Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten ergebenden Pflichten vorzubeugen, mache ich hiermit ausdrücklich darauf aufmerksam, daß diese von der Kgl. Staatsregierung in den Vordergrund gestellte Bekämpfung der Sozialdemokratie sich selbstverständlich nicht darauf beschränkt, daß kein staatsreuer Wähler, geschweige denn ein Beamter einem Sozialdemokraten seine Stimme geben darf, sondern daß mit allem Nachdruck dahin gewirkt werden muß, daß nur solche Volksvertreter in den Reichstag entsandt werden, die den Kampf gegen die Unsturzpartei mit aller Kraft im Verein mit der Kgl. Staatsregierung aufzunehmen und durchzuführen willens sind. Von diesem Gesichtspunkte aus hat sich das Verhalten des Beamten auch bei den bevorstehenden Stichwahlen zu regeln. Ich ersuche, dies auch den übrigen dort etwa befindlichen Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten in geeigneter Weise mitzuteilen.“

(gez.) v. Matzahn.  
An die Herren Guts- und Gemeindevorsteher des Kreises.“

Dieser unerhörte Akt der Wahlbeeinflussung würde unweigerlich zur Kasserung der Wahl führen müssen, wenn nicht eben Gothein doch gewählt worden wäre, gegen dessen Wahl sich ja gerade die amtliche Wahlbeeinflussung richtete. Der Landrat von Matzahn hat sich aber nicht mit dieser amtlichen Wahlbeeinflussung begnügt, er hat auch einen durch Wahlgesetz und Wahlordnung nicht gestützten Erlaß gegen die sogenannten „Wahlaußpaffer“, das sind die Wahlkontrolleure der Parteien, herausgegeben. Unter dem 18. Januar richtet er an die Wahlvorsteher eine Verfügung, in der er sich zunächst mit dem Begriffe der Öffentlichkeit der Wahlhandlung beschäftigt und dann ausführt:

„Es steht an sich jedem Reichstagswähler der Zutritt sowohl zur Wahlhandlung als auch zur Feststellung des Wahlergebnisses frei, aber auch nur eben den Wählern...“

Hieraus folgt zunächst, daß die Wahlvorsteher Personen, welche sich über ihre Eigenschaft als „Wähler“

nicht legitimieren können, im Wahllokal nicht zu dulden brauchen.

Die sogenannten Wahlaußpaffer haben, sofern sie sich als Wähler legitimiert haben, nur das Recht, der Wahlhandlung und der Feststellung des Wahlergebnisses als Zuschauer beizuwohnen, versuchen sie durch Zwischenbemerkungen in den Gang der Wahlhandlung einzugreifen und sich Funktionen beizulegen, die ausschließlich dem Wahlvorstande obliegen, so sind sie unweigerlich wegen Störung der Wahlhandlung vom Wahlvorsteher auf Grund des ihm zustehenden Hausrechts aus dem Wahllokal zu entfernen. So haben verschiedentlich Außpaffer sich berufen gefühlt, an den für die Geheimhaltung der Stimmgabe nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen allein verantwortlichen Wahlvorstand das Ansehen zu stellen, die Wahlurnen vor Herausnahme der Wahlzettel ungeschüttelt, in einem Falle ist der betreffende Außpaffer sogar so weit gegangen, zu verlangen, daß der Wahlvorstand sich vor der Feststellung des Wahlergebnisses von allen auf ihn befindlichen Wahlakten geläubert werde und zu erklären, als der Wahlvorsteher aus eigenem Antriebe ein Umschütteln der Wahlurne vornahm, dies sei nicht Sache des Wahlvorstehers gewesen, sondern habe dem Außpaffer übertragen werden müssen. Ich erwarte, daß derartige Ungebührlichkeiten der Außpaffer seitens des Wahlvorstandes mit aller Schärfe entgegengetreten wird. Außpaffer, die sich den Anordnungen des Wahlvorstehers nicht fügen und auf seine Aufforderung hin das Wahllokal nicht verlassen, sind evtl. zwangsweise zu entfernen und zur strafrechtlichen Verfolgung wegen Hausfriedensbruch zur Anzeige zu bringen.

Ich erjuche die Herren Wahlvorsteher, mir über jeden bei der bevorstehenden Stichwahl mit derartigen Außpaffern gemachte Beobachtung demnächst Anzeige zu machen.

(gez.) Freiherr v. Matzahn.“

Der preussische Landtag wird sicher Gelegenheit haben, sich mit diesen vom „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten landrätlichen Erlässen zu beschäftigen, und die Welt wird ja dann erfahren, ob der preussische Polizeiminister v. Dallwitz den Mut haben wird, diese landrätlichen Übergriffe zu verteidigen.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 28. Februar 1912.

15. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitzung: Debrück.

Zunächst werden durch Zutritt die Abgg. Dr. Südekum (S.D.), Erzberger (Z.), v. Winterfeld (K.), Zimmermann (N.L.), Dove (Wp.) und Dombek (Wote) zu Mitgliedern der Reichsschuldenkommission gewählt.

Sodann wird die zweite Lesung des Stats begonnen beim

Reichsamt des Innern.

Wurm (S.D.): Das Reichsamt des Innern umfaßt ein so riesengroßes Gebiet, das von der Maul- und Klauenseuche bis zum Weingesetz reicht, daß man erwarten muß, daß das Reichsamt für die Sozialpolitik ein eigenes Reichsarbeitsamt bekommen sollte, das all die Aufgaben umfassen müßte, die immer dringender an uns heranrücken. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Alter Gepflogenheit gemäß wird beim Titel Staatssekretär die Sozialpolitik in weitem Umfange

erörtert. Dafür liegt diesmal umsomehr Grund vor, als die Sozialpolitik eine Erwähnung in der Thronrede gefunden hat, allerdings in einer Weise, die zeigt, daß das, was in den Januar Tagen geschehen ist, noch nicht die rechte Wirkung im Reichsamt des Innern gefunden hat oder wenigstens nicht das richtige Verständnis gefunden hat. Denn in der Thronrede heißt es, daß derselbe soziale Geist, aus dem die Reichsversicherungsordnung hervorgegangen ist, auch fürderhin wirken soll. Mit dem sozialen Geist sind aber Millionen Massen des arbeitenden Volkes nicht zufrieden. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Sie haben deutlich genug protestiert gegen die Verschlechterung, die die Reichsversicherungsordnung gebracht hat, gegen die mangelhafte Verbesserung. Man muß sagen, daß auf diesem Gebiet wie auf allen anderen ein Stillstand der Sozialreform, ja sogar eine Verschlechterung eingetreten ist, sobald es sogar wunderbar erscheint, daß die Massen nicht in stärkerem Maße noch ihrem Unwillen gegen diese Mißwirtschaft Ausdruck verleihen haben. (Sehr richtig! b. d. Soz., Unruhe rechts u. l. Zentr.) Die Herren vom Zentrum sind sich darüber sehr klar, welchen Einfluß die Sozialreform und ihre Weiterführung auf die Zusammenlegung des Reichstages haben. Ich erinnere daran, daß einer der Herren vom Zentrum, der frühere Abg. Trimborn, bereits 1907 gesagt hat, daß der Stillstand auf sozialpolitischem Gebiet der sicherste Weg sei, um der Sozialdemokratie zu ihrer alten Stärke zu verhelfen. Das war 1907, nachdem wir „niedergelassen“ waren. Da die Reichsverschlechterung nun nicht bloß ein Stillstand, sondern sogar eine Verschlechterung ist, sind wir in noch größerer Zahl hierher gekommen, als früher. Es hat sich auch erfüllt, was Herr Trimborn damals sagte, daß der Einwand einen Schein von Berechtigung bekommt, daß ohne den Druck einer sozialdemokratischen Partei es sozialpolitisch nicht vorwärts gehe. Nur täuschte sich Herr Trimborn darin, daß es nicht Schein, sondern Wirklichkeit ist. Alle Sozialreform stammt von der Sozialdemokratie. (Lebh. Beifall b. d. Soz.; Widerspruch rechts und l. Zentr.) Es gibt keine Sozialreform weder hier noch in der ganzen Welt ohne Sozialdemokratie. (Erneuter Widerspruch rechts; Zustimmung b. d. Soz.) Daß Sie (nach rechts) damit nicht einverstanden sind, das ist ja noch aus den Wahlkämpfen in bester Erinnerung. In allen Flugblättern hieß es, die Sozialdemokratie wolle keinen Arbeiterschutz, sie wolle die Verelendung der Massen. (Sehr richtig im Zentrum u. rechts; sehr unrichtig b. d. Soz.) Auch der Staatssekretär hat im Vorjahre dasselbe behauptet, was in den Flugblättern stand, daß alle sozialpolitischen Gesetze überwiegend ohne Mitwirkung der Sozialdemokratie zustande gekommen seien. (Erneut: Sehr richtig! rechts; lebhafter Widerspruch b. d. Soz.) Nun, es gibt nicht eine Spur von Sozialreform, wenn nicht der Sozialismus geboren worden wäre. (Stürmischer Beifall b. d. Soz.) Der Sozialismus ist hervorgegangen aus dem Streben der Arbeiterklasse, sich das Recht auf Leben zu erobern. Brauche ich Sie, die Sie die Wirtschaftsgeschichte Deutschlands und anderer Länder kennen müssen, erst daran zu erinnern, wie überhaupt die Sozialpolitik entstanden ist? Wie die Großindustrie und der Großkapitalismus, als sie ihren Triumphzug im 17. Jahrhundert in England, im 19. Jahrhundert in Deutschland hielten, erbarmungslos die Massen der Arbeiter verelendeten, Frauen und Kinder ohne Erbarmen ausbeuteten? Muß ich daran erinnern, daß schließlich in Preußen nicht das Bürgertum, das Unternehmertum, sondern die Militärbehörde Angst bekam und an die Regierung schrieb: Wenn nicht bald Einhalt getan wird mit der rücksichtslosen Verelendung der Volksmassen, können wir keine Rekruten mehr nach Berlin schicken. (Hört, hört! b. d. Soz.) Arbeiterschutz und Sozialdemokratie sind zur selben Stunde geboren worden, d. h. die klassenbewußte Organisation der Arbeiter. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Denn so lange es nur Menschenfreunde waren, die aus gutem Herzen heraus für das Wohl der Arbeiter eintraten — ich erinnere an den großen Engländer Owen — wurden sie verachtet und verhöhnt. Wenn sie etwas durchsetzen wollten, war es nicht möglich, weil keine Macht hinter ihnen stand. Erst als in England die Arbeiter politisch sich betätigten, als die Chartistenbewegung einsetzte, erst dann kam

## Familie Schöler.

Originalroman von Arthur Zapp.

(32. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Da hörte sie plötzlich ein dumpfes Geräusch, wie wenn jemand zu Fall gekommen wäre. Mit instinktiver Bewegung beugte sie sich zum Schlüsselloch hernieder. Was sie sah, machte ihr das Blut in den Adern erstarren. Ihr Vater hatte sich vor ihrem Mann auf die Knie geworfen, und jetzt streckte er die gerungenen Hände zu dem Hinfälligen, mit fühlbarer Miene Dastehenden empor, und jetzt vernahm sie auch die mit der Kraft der Verzweiflung hervorgehobenen Worte des Greises: „Denken Sie an meine Frau, denken Sie an meine Kinder! Die Schande überlebe ich nicht, wenn Sie mir nicht helfen.“

Da konnte sie sich nicht länger zurückhalten. Mit festem Griff riß sie die Tür auf und stürzte ins Zimmer herein und umfing ihren weinenden Vater mit beiden Armen.

„Steh auf, Papa!“ rief sie, während ihr die Tränen der Erschütterung und tiefster Enttäuschung über die Wangen strömten. Und nachdem sie den zitternden Alten emporgelassen, trat sie ihrem Mann gegenüber. Ihre Augen flammten, in ihren Mienen vibrierten Abscheu und Verachtung.

„Schämst Du Dich nicht?“ schrie sie ihm, dicht vor ihm, ins Gesicht. „Dast Du denn kein Herz? Bist Du denn ein Stein? Du gibst Papa das Geld, augenblicklich gibst Du ihm das Geld, hörst Du! Es ist ja doch alles von ihm, es ist ja doch alles seins!“

„Du bist ein Kind! Was verstehst Du von diesen Dingen? Ich denke ja gar nicht daran.“ Und dann im Ärger über ihr plötzliches Aufbegehren, das so stark im Gegensatz zu dem an ihr gewohnten, willenlosen, verschüchterten, unterwürfigen Wesen stand, herrschte er sie an: „Überhaupt, was unterstehst Du Dich? Was hast Du Dich hier einzumischen?“

Er deutete mit einer nicht mißzuverstehenden Gebärde nach der Tür. Aber sie schien allen Gehorsam, alle Furcht vor ihm verloren zu haben. Ihre Brust hob sich hüfnisch, sie rang nach Atem; es waltete etwas in ihr herauf. Alle Liebe, alle Unterwürfigkeit, die sie bis dahin dem schönen, stolzen, herrlichen Mann entgegengebracht, schien sich in den

wenigen Minuten, da sein Charakter sich ihr in keiner ganzen krassen gemeinen Selbstsucht und Brutalität entfaltete, in das Gegenteil verandelt zu haben. Ihre Gemütsbewegung war so stark, daß sie nichts als ein verachtungsvolles „Wut! Wut! Wut!“ über ihre Lippen brachte. Darauf fehrte sie zu ihrem Vater zurück, umschlang ihn und führte ihn aus dem Zimmer.

Ohne daran zu denken, sich zum Schutz gegen das kalte Wetter etwas anzuziehen, und ohne sich dessen bewußt zu sein, daß sie im bloßen Kopfe war, geleitete Helene ihren Vater aus dem Hause und die Straße entlang. Zum Glück war die Dämmerung schon hereingebrochen, so daß sie nicht auffiel. Nur hin und wieder blieb ein Vorübergehender stehen, um das feldtame Paar zu betrachten: den gebeugten, mühsam vorwärts schreitenden Greis und die junge Frau im leichten Kleid, die den Arm noch immer um den strackelnden Alten geschlungen hatte, ihn liebevoll unterstüßte und mit sanfter, leiser Stimme auf ihn einredete.

Vor der Villa machten sie Halt.

„Ich bringe Dir Hilfe, Väterchen,“ sagte sie, seine Hand streichelnd.

Er sah sie verstört, fragend an. Aber sie nickte nur lächelnd, ermutigend, dann eilte sie leichtfüßig davon. Ihr war auf einmal eine Idee gekommen. Emil Brinkmann! Er würde helfen, gewiß würde er helfen, wenn er nur irgend die Macht dazu hatte. Sie stellte sich sein gültiges, teilnehmendes Wesen vor, und eine große Zuversicht erfüllte sie. Ihn würde die Not, der Jammer des alten Mannes rühren. Sie mußte ja, wie hoch er ihren Vater stellte, wie sehr er ihn immer verehrt hatte, und wenn er auch aus der Firma ausgetreten und gegen seinen ehemaligen Prinzipal verstimmt war, angeßichts des drohenden Unglücks würde die Sympathie, die alte Zugehörigkeit zu der Familie Schöler wieder in ihm erwecken in alter Stärke.

Mit einemmal fiel ihr wieder ein, daß Emil Brinkmann eines vormittags mit Runo eine Unterredung gehabt hatte. Sie hatte ihn noch nicht darüber befragt. Was machte es nur gewesen sein, worüber die beiden so ungleichen Männer verhandelt hatten?

Unterwegs kam ihr plötzlich zum Bewußtsein, daß sie im bloßen Kleide ging, im bloßen Kopfe, mit unordentlichem Haar, und so bog sie ab, um sich zunächst nach Hause zu begeben, und, bevor sie zu Brinkmanns ging, Hut und Mantel

zu holen. Während sie durch den Korridor huschte, hörte sie aus dem Wohnzimmer laute Stimmen. Leise schlüpfte sie in das Nebenzimmer, um sich hier das Haar zurechtzustreichen. Sie war nicht in der Stimmung, jetzt Besuch zu sehen und ein gleichgültige Unterhaltung zu führen. Überhaupt, sie war ja in der Eile und hatte keine Minute zu verlieren. Sie wußte ja nicht, ob ihr Vater das Geld nicht schon morgen brauchte.

Da hörte sie durch die angelegte Tür die Stimme ihrer Schwägerin Thea. „So lassen wir Dich nicht fort. Eine Tasse Tee mußt Du noch mit uns trinken, Erna.“

Und Erna von Vollenhagen erwiderte: „Wenn ich nicht störe. Abgesehen, wo ist denn Helene?“

„Bei ihrem Eltern wahrscheinlich,“ antwortete nun Runo mit einem Gleichmut, der die Lauschende erschauern machte.

Jetzt erhob sich Thea mit den Worten: „Entschuldige! Ich will nur einen Auftrag in der Küche geben.“ Eine kurze Pause folgte. Helene hielt vor Spannung den Atem an. Sie hatte das Gefühl, sie wußte selbst nicht, warum, daß sich nun etwas Besonderes, Aufregendes ereignen müßte. Da hörte sie plötzlich ein Geräusch, wie wenn jemand einen Stuhl zurückschob und heftig aufsprang. Und gleich darauf erklang Erna von Vollenhagens Stimme in mühsam beherrschter Leidenschaftlichkeit:

„Ich halt's nicht länger aus, ich entdecke mich meinem Vater. Jedes Wort von Paul, jede Gebärde von ihm ist mir eine Marter. Ich ertrag's nicht länger.“

„Aber sei doch nicht so kindisch, Erna!“ hörte sie Runo begütigend entgegen. „Warum hast Du Dich denn mit ihm verlobt?“

„Dast Du mir nicht das Beispiel gegeben, daß man heiraten kann, ohne zu lieben? Oder liebst Du Helene?“

„Anst! Aber ich war arm, und so mußte ich nach Geld heiraten. Was kann mir Helene sein? Nichts! Aber ihr Geld brauchte ich, und nun —“ der Sprechende unterbrach sich hastig. „Still! Ich bitte Dich, Erna.“ Helene flüchtete sich aus dem Zimmer, instinktiv jedes Geräusch vermeidend. Sie vergaß ganz, warum sie gekommen war. Im Korridor riß sie mechanisch ihr Jackett und ein Kopftuch herab, das an einem der Garderobenhaken hing,

der 12-Stunden-Tag, kam der 10-Stunden-Tag. In Deutschland war genau das selbe der Fall. Geredet ist viel worden von Arbeiterschutz, aber getan wurde erst etwas von der Minute ab, wo in den Parlamenten des Deutschen Reiches Sozialdemokraten einzogen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Aus dem Gedanken des Sozialismus heraus entspringt der Arbeiterschutz, das ist der Gedanke, dem Marx Ausdruck verlieh in den Worten des „Kapitals“: „Zum Schutz gegen die Schlinge ihrer Qualen müssen die Arbeiter als Klasse ein Staatsgesetz erzwängen, ein übermächtiges Gesetz, das sie hindert... sich selbst in den Tod und die Sklaverei zu verkaufen.“ Der Arbeiterschutz muß auch gegen den Arbeiter eingeführt werden, zu seinem eigenen Vorteil. Denn er wird durch den Kampf um das tägliche Brot so verelendet, daß er vor sich selbst nicht mehr Respekt hat und sich auspressen läßt, um nicht verhungern zu müssen. Wo sind denn die Taten oder auch nur die Worte von Sozialreform innerhalb der politischen Welt, bevor es eine Sozialdemokratie gab? (Sehr richtig! bei den Soz.) Sobald es eine Sozialdemokratie gab, war es das erste, das sie sich international bestattigte. Dazu führte die Erkenntnis, daß es in allen Ländern vorwärts gehen müsse, daß gemeinschaftliche Vereinbarungen notwendig sind. Deshalb hat bereits im Jahre 1866 der erste internationale Arbeiterkongress in Genf die gesetzliche Feststellung des Arbeiterschutzes und den Schutz für Frauen und Kinder verlangt. In der Stunde, in der in den Norddeutschen Reichstag die Sozialdemokraten einzogen, wurde im Jahre 1867 ein Arbeiterschutzgesetzentwurf von ihnen eingebracht, der 47 Paragraphen enthielt. 1877 wurde ein großer, sorgfältig vorbereiteter Antrag auf gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit und des Schutzes der Frauen und Kinder ausgearbeitet. Sie rühmen den kaiserlichen Erlaß, bloß Sie handeln nicht danach. (Lebhafte Beifall bei den Soz.) Und wie sind denn die kaiserlichen Erlasse zustande gekommen? Wer hat darauf hingewiesen, daß eine internationale Verständigung auf diesem Gebiet stattfinden müsse? Die Sozialdemokratie durch ihre Kongresse 1868 in Genf und 1889 in Paris. Unter dem frischen Eindruck dieser weltbewegenden Tatsache, daß sich Arbeiter aller Länder zusammensanden, um gemeinsam für die Verbesserung ihrer Lage einzutreten, konnte dann auch der kaiserliche Erlaß von 1890 nicht umhin, zuzugeben, daß die Sozialdemokraten, die Arbeiter es waren, die den Weg gewiesen haben. In dem Erlaß heißt es: „die Bestimmungen, über welche die Arbeiter aller Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führen.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Damals war ja international noch nicht wie heute nach Herrn v. Bethmann-Hollweg gleichbedeutend mit antinational. Damals besuchte auch die deutsche Regierung internationale Kongresse, es wurde der Grundstein gelegt zu dem internationalen Arbeitsamt in Basel. Heute bewilligen Sie ja im Etat 8000 Mk. Zuschuß für dies internationale Arbeitsamt, das eine sehr nützliche, leider sehr wenig erfolgreiche Tätigkeit entfaltet. Dieser mangelnde Erfolg beweist eben, daß solche Bestrebungen nicht helfen, wenn nicht eine Macht hinter den Forderungen steht. Das sind die Organisationen der Arbeiter. Also die Behauptung, daß wir nicht Arbeiterschutz wollen, fällt vor der Geschichte in ein Nichts zusammen. Deswegen brauchen wir Ihnen nicht erst zu sagen, daß wir praktisch mitarbeiten wollen, umgekehrt, wir haben Sie aufzufordern, daß Sie endlich mit uns praktisch mitarbeiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) endlich die Zustände ernsthaft prüfen auf die wir hinweisen und die wir Ihnen mit Beweisen belegen, welche wir aus Ihrem eigenen Lager holen, aus Veröffentlichungen der von Ihnen gewählten Beamten, aus antinationalen Enquêtes; Tatsachen, die nicht abgeleugnet werden können, die man aber ruhig weiter bestehen läßt, weil eben die Macht der Arbeiter noch nicht groß genug ist, um mehr zu erzwingen. Natürlich das Papier ist geduldig, Anträge haben Sie ja in großer Zahl eingebracht und wir werden ja sehen, wie weit das gemeinsame Arbeiten mit uns geht. Auf dem Standpunkt, den man uns vorwirft, daß wir sagen: Alles oder nichts, haben wir nie gefanden. (Gelächter rechts und sehr richtig! b. d. Soz.) Wir haben nie ein Gesetz abgelehnt, weil es nicht die Erfüllung aller unserer Forderungen brachte, sondern wir haben nur die Arbeiterschutzgesetze abgelehnt, die gleichzeitig Verschlechterungen brachten. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Wir werden uns hüten,

und legte es mit fliegender Eile an. Dann die Treppe herunter. Es war keine große Enttäuschung, kein brennender Schmerz in ihr. Das, was sie soeben vernommen, konnte sie ja nicht mehr überraschen. Seine Herzenshärte, sein materieller Sinn, sein brutaler Egoismus hatte sich ihr ja schon enthüllt, und alles Gefühl für ihn schien in ihr gestorben. Hatten die Ereignisse ihrer jungen Ehe sie nicht auf die große Enttäuschung, die sie heute erlebt hatte, vorbereitet, war ihr Zusammenleben mit ihm nicht eine Kette unauflöslicher Ernüchterungen gewesen? Nun konnte sie nicht mehr zweifeln, nun hatte sie es aus seinem eigenen Munde gehört, daß ihre Persönlichkeit nie für ihn etwas bedeutet, daß er sie nie geliebt, daß er sich nur ihrer Mitgift wegen um sie beworben hatte.

Unten vor dem Hause hielt sie einen Augenblick an und sagte sich mit beiden Händen an die Stirn. Wie war es nur möglich, wie hatte sie diesen Menschen überhaupt geliebt können? Da kam ihr mit einem Male die Erkenntnis: es war das oberflächliche Urteil des unerfahrenen jungen Mädchens gewesen, das sich durch glänzende, äußere Eigenschaften bestechen ließ, das man nicht gelehrt hatte, tiefer zu blicken, den Mann nach seinem inneren Wert zu schätzen, das falsche System der Erziehung war es, das Knaben und Mädchen gesondert erzog, die Geschlechter ängstlich voneinander trennte und junge Mädchen und junge Männer nur auf Bällen und Gesellschaften einander kennen lernen ließ. Wie sollte ein Mädchen Männer beurteilen können, wenn es sie nie bei der Arbeit, bei ernster Tätigkeit beobachten konnte, sondern sie nur immer im Feiertagsgewande, bei Tanz und Spiel, das Lächeln herkömmlicher Artigkeit auf den Lippen, sah —

Als sie die Wohnung der Geschwister Brinkmann betrat, war ihr das Herz so voll und schwer, und sie war äußerlich wie innerlich so verstört, daß ihr die Geschwister sofort ihren außergewöhnlichen Gemütszustand anjahen. Und so hielt sie auch nicht mit dem, was sie bebrütete, zurück. Offen und ohne Umschweife, hier und da durch ein Aufschludgen sich unterbrechend, berichtete sie von dem Besuch ihres Vaters und von den Enttäuschungen, die er ihr gemacht hatte.

Emil Brinkmann schien wenig überrascht. Wenn er auch nicht mehr zur Firma C. O. Schöler gehörte, so hatte er doch die Vorgänge in der Fabrik verfolgt, sowohl er dazu in der Lage war. Sein altes Interesse, das Gefühl der Zugehörigkeit zu der alten Firma, für die er lange Jahre gearbeitet, die er hatte groß werden und sich stolz und prächtig entwickeln sehen und der er so schöne Zeiten und ein für seine Jahre verhältnismäßig hohes Einkommen verdankt hatte, erwachte von neuem hart in ihm. Dazu kam der Anblick der unglücklichen jungen Frau, die mit so verzweifelten, verzweifelten, stehenden Augen zu ihm aufschah, daß es ihn tief ergriff.

(Fortsetzung folgt.)

für das Vinsengericht irgend einer kleinen Verbesserung einen großen Saft voll Verschlechterungen in Kauf zu nehmen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir stehen viel zu sehr auf dem Boden der historischen Entwicklung als daß wir nicht wüßten, daß nicht mit einem Schlage alles durchgeföhrt werden kann. Wir haben auch nie bestritten, daß wir im Deutschen Reich, gerade weil es hier eine starke sozialdemokratische Partei gibt, in der Sozialpolitik weiter gekommen sind, als viele andere Länder. Ich habe das selbst 1904 gegenüber dem Grafen Posadowski von dieser Stelle aus hervorgehoben, daß wir unseren Brüdern in anderen Ländern das zum Muster vorhalten und ihnen sagen: Macht es so wie wir, organisiert Euch, bildet eine starke politische Partei, dann werdet Ihr auch etwas erringen! Aber was geschehen ist, ist noch viel zu wenig. Daß aber das, was geschehen ist, unendlich viel dazu beigetragen hat, um Deutschland vor der Verelendung zu schützen, haben auch unsere Gegner anerkannt. So haben 1903 die konservativen „Grenzboten“ geschrieben: „Der Sozialdemokratie verdanken wir es, daß wir heute noch ein kampffähiges Heer haben. Ohne die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hätten wir keine Arbeiterschutzgesetze, wären die Löhne unter das Existenzminimum gesunken.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Und der Zentrumsabgeordnete Pöhl hat in seinem Buch über Sozialpolitik angegeben, daß es erst der sozialdemokratischen Agitation bedurfte, daß neben all den Gesetzen im Interesse der besitzenden Klassen nebenbei auch einige Gesetze für die Interessen der Arbeiter geschaffen wurden. (Hört, hört! bei den Soz.) Und ein freisinniger Abgeordneter hat in der hessischen Zweiten Kammer erklärt: „Der Anteil der Sozialdemokratie an der Verbesserung unserer sozialpolitischen Gesetzgebung dürfen wir ehrlicherweise nicht leugnen, dieser Anteil ist so groß, daß wir der Sozialdemokratie stets zu Dank verpflichtet sein werden.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Freilich sind Sie auf dem Holzwege, wenn Sie glauben, daß die Arbeiter für kleine sozialreformistische Abschlagszahlungen nun gleich bereit sein werden, zu fassen. Die Klüft zwischen Besitzlosen und Besitzenden ist durch ein paar Zugeländnisse nicht zu überbrücken. Die Thronrede verkündet: Die Entwicklung stehet nicht still. Wahrlich ein großer Fortschritt, daß eine Thronrede endlich den Entwicklungsgedanken anerkennt (Feierlich bei den Soz.), denn man die Schulen des Volkes und die höheren Lehranstalten verschließt. Wir stehen auf dem Boden der Evolution und wissen, daß es in der Natur des Kapitalismus liegt, seine eigenen Totengräber zu erzeugen, daß der einzelne Arbeiter in diesem Kampfe ein willenloses Spielzeug und der freie Arbeitsvertrag ein Märchen ist. Der einzelne muß sich beruflich und politisch organisieren, um Einfluß auf die Arbeitsbedingungen zu gewinnen. Der Staatssekretär freilich steht in dem Zusammenschluß der Massen eine Gefährdung der freien Entwicklung des Individuums. Wir sind die letzten, die nicht das schöne göttliche Wort anerkennen: „Höchstes Glück der Erde findet sich doch die Persönlichkeit“, aber wie kann man von einer freien Entwicklung des Individuums reden, angesichts der Tatsache, daß der einzelne Arbeiter ein Anhängel der Maschine geworden ist. Und nicht allein die Arbeiter werden in dieser Weise vom Kapital vermagelt, immer größere Schichten des Volkes werden proletarianisiert. Der Mittelstand wird zerrieben, die Zahl der Abhängigen nimmt zu. Ebenso groß wie in der Industrie ist die Proletarianisierung im Handel, und da will man den Mittelstand retten durch allerlei Märchen, wie Fürst Hohenzollern in seinem Tagebuch zugibt: Wenn die Handwerker Zwangsmaßnahmen haben wollen, so soll man sie ihnen geben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Da war doch der jetzige Staatssekretär ehrlicher, als er sagte, daß er an die Mittelstandsfrage nur mit Herzklopfen herangehe. Zu dem alten Mittelstand kommt nun noch der neue, die Witwatangestellten, die sich seit 1882 um 300 Prozent vermehrt haben. Die meisten Angehörigen dieses Standes verdienen kaum das Existenzminimum; infolge des immer größer werdenden Angebots auf dem Arbeitsmarkt stehen die Löhne in gar keinem Verhältnis zu dem, was zur Existenz gebraucht wird. Durch die Akkumulation des Kapitals wird die Klüft zwischen den Besitzenden und Besitzlosen immer stärker. Auch die Statistik der Sparkassen beweist nur, daß es nicht die kleinen Leute sind, die die großen Summen sparen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso kommt der scheinbare Zuwachs der Einkommen in den preussischen Steuerlisten von der größeren Not, denn da die Frau mitarbeiten muß, so wird ihr Einkommen zu dem des Mannes hinzugeschlagen, und es sieht so aus, als wäre das Einkommen der Männer gestiegen. (Sehr gut! bei den Soz.) In Wahrheit ist das Einkommen der Männer gefallen, gleichgeblieben oder gering gestiegen, aber bei den geringeren Lebensmittelpreisen reicht es nicht mehr aus zur Durchführung der Lebenshaltung, und deshalb müssen Frauen, Töchter und Söhne mitarbeiten. So zerstört der Kapitalismus die Familie, nicht wir. Die Not treibt auch die Wehrzahl der bürgerlichen Frauen auf den Arbeitsmarkt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dieselbe hohe Dame, die einst das Wort prägte, Kirche, Kinder, Küche, Kleider füllten das Leben der Frau aus, hat jetzt die Ausstellung und den Kongress der Frauen in Berlin besucht und damit eingestehen müssen, daß der Kampf des Lebens über Küche, Kinder, Kirche und Kleider hinaus die Frauen in das Erwerbsleben zwingt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Steuern und Zölle verschlechtern immer mehr die Ernährung des Volkes. Die Not ist nicht wegzuleugnen, sie erstreckt sich sogar auf die Beamten, obwohl diese es doch besser haben als die Arbeiter. Auch die Unterbeamten erklärten, sie möchten weniger gelbe Knöpfe, aber mehr Lohn bekommen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Selbst der sächsische Minister Viktum von Castedt hat auf dem Hygienekongress den Notstand anerkannt und die Wohnungsfrage zugegeben. So leben in Berlin 600 000 Menschen in Wohnungen, wo auf 1 Zimmer 5 und mehr Köpfe kommen. Das ist eine Folge des Bodenwuchers, der mit dem ganzen Wirtschaftssystem zusammenhängt: mit dem erbärmlichen Dreiklassenwahlsystem in den Gemeinden, mit dem Hausbesitzerprivileg und dann damit, daß der Boden auch als Ware behandelt wird, trotz aller ethischen Bedenken. Die Wohnungsfrage ist nicht als Sonderfrage zu lösen, sondern nur im Zusammenhang mit der Gesamtverbesserung der arbeitenden Klassen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Von einem Bremsen der Sozialreform darf also nicht die Rede sein, vielmehr müssen wir nachholen, was in den ganzen Jahren verjährt ist. Statt dessen sehen wir, daß man nicht vorwärts will, sondern gegen die Arbeiter wirtschaftlich und politisch vorgeht. Die Gewerkschaften will man vernichten, im sächsischen Landtag sind unter Führung eines konservativen Abgeordneten Anträge eingebracht, die die sächsische Regierung als Grundlage für eine Zuchtanstalt im Bundesrat vertreten soll. Nun gibt es auch Schatzmacher, die mit dem Bestehen des Gesetzes auszukommen glauben. Diese Leute meinen eben, wie der sagenhafte Müller von Sanssouci, es gibt noch Richter in Berlin. Sie meinen, es wird in Sachsen und Preußen Richter geben, die Schreckenurteile fällen. Wo es sich um Leben und Gesundheit der Arbeiter handelt, werden nichtswürdig geringe Strafen verhängt, aber wehe dem Arbeiter, der sich in den Märchen der heutigen Gesetzgebung verliert; aber alle diese Versuche werden an dem gesunden Sinn der Arbeiterklasse und an der geschichtlichen Notwendig-

keit in sich zusammenfallen: was Sie auch versuchen mögen, Sie werden auf Granit stoßen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Auch Herr Pieker will die Sozialpolitik nicht so sehr beschleunigen, und Herr Wassermann sprach von einer maßvollen Besonnenen Sozialpolitik. Das Maß aber muß die Arbeiterklasse bestimmen können, denn das Unternehmertum hat jeden Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes bekämpft. Es hieß immer: wenn das durchgeföhrt wird, dann müssen wir die Fabriken schließen. Schon der englische Historiker Macaulay hat 1846 diese Gründe angeführt, die inzwischen doch durch die eingeführten Arbeiterschutzmaßnahmen widerlegt sein sollten. Allerdings ist die Verelendung der Massen nicht in dem Maße fortgeschritten, wie sie fortgeschritten wäre, wenn die Sozialpolitik nicht gewesen wäre. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir haben nun eine Reihe von Anträgen gestellt, die dringendes Notwendiges und ohne weiteres Einführbares enthalten. Zunächst fordern wir die achtstündige Arbeitszeit für alle Betriebe. Wenn Menschenfleisch nicht so billig wäre, hätten wir schon längst eine weitere erweiterte Technik und mehr Arbeit sparende Maschinen mit der von uns geforderten verkürzten Arbeitszeit. Dann verlangen wir Ruhepausen bei der Arbeit, Ferien mit voller Fortzahlung des Lohnes, und zwar wollen wir gesetzliche Einführung von Ferien. Ferner verlangen wir besseren Schutz gegen Unfälle. In der chemischen Industrie ist ein Schutz vor den Gewerkekrankheiten dringend notwendig; gegen die Gewerkekrankheiten läßt sich noch unendlich viel tun. Das Arbeitsamt in Basel hat ausgezeichnete Vorschläge hierfür ausgearbeitet, aber bei uns im Reich geschieht nichts, nicht einmal für die Frauen, und wo Schutzbestimmungen vorhanden sind, werden sie nicht durchgeföhrt. So kann das Thomas-Schlackenmehl nach einem neuen Verfahren, mit weit weniger Gefahr für die Arbeiter hergestellt werden, aber weil das mächtige Syndikat, das die Thomas-Schlacken-Industrie beherrscht, sich bei dem Staatssekretär dagegen eingeklagt hat, ist von dem neuen Verfahren wieder Abstand genommen worden. (Widerspruch am Bundesratsstisch.) Die Gewerbeaufsicht ist außerordentlich mangelhaft, immer noch werden nur 55 von Hundert der Betriebe revidiert und zwar hauptsächlich Großbetriebe, denn es sind solche, in denen 85 Proz. der Arbeiter beschäftigt sind, aber gerade die kleinen Betriebe sind am meisten schutzbedürftig. Arbeiter werden in Preußen zur Gewerbeaufsicht nicht herangezogen, in anderen Bundesstaaten geschieht das längst, selbst das reaktionäre Sachsen hat vor 14 Tagen beschlossen, 3 Arbeiter versuchsweise zur Gewerbeaufsicht zuzuziehen. Ebenso wandten Sie sich früher gegen die Zuziehung von Frauen zur Gewerbeaufsicht; deren Zahl muß wesentlich vergrößert werden. Wiederholt haben wir auch verlangt, Ärzte zuzuziehen. Auch hier wehrt sich Preußen, im Gegensatz zu Bayern, Baden und Württemberg. In Preußen fürchtet man Kompetenzkonflikte. Auch die Gerichte verlangen. Den Gewerbeaufsichtsbeamten in Preußen ist eine Mundsperrung auferlegt, aber immer wieder finden sich Beamte, die ihre Pflicht tun. So klagt der Beamte in Eriex, daß die Unternehmer in ganz bewußter Weise lieber die geringen Strafen zahlen, ehe sie sich den Gesetzen unterwerfen. (Hört, hört! bei den Soz.) und ähnliches hört man von anderen Orten. Wie soll da das an sich schon mangelhafte Gesetz durchgeföhrt werden? Hier kann nur die öffentliche Meinung helfen. Aber so lange die Gewerbeaufsicht Sache der Einzelstaaten ist und dort Geldsackparlamente regieren, ist wenig zu hoffen und viel zu fürchten. Wir betrachten als wichtige nationale Aufgabe den Schutz der großen Volksmasse, die schutzlos dem Unternehmer preisgegeben ist. Die Nordb. Allgemeine Zeitung“ sagte im Wahlkampf, wir brauchen einen Reichstag, der bereit ist, die Sozialpolitik mit Ruhe und Besonnenheit fortzuführen. Nun wohl, wir schlagen ruhige und besonnene Maßnahmen vor, die manchem vielleicht zu weit gehen, aber unsere Aufgabe ist es nicht, hinterher zu laufen, sondern ihnen den Weg zu weisen zum Wohle der Arbeiterklasse und dem gesamten Volke. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdem.)

Meyer-Kaufbeuren (3.): Ich will mich auf wirtschaftliche Fragen beschränken, sozialpolitische und Mittelstandsfragen werden andere Redner meiner Fraktion behandeln. Der deutsche Ausfuhrhandel ist außerordentlich gestiegen, und auch im Innern hat Deutschland einen beispiellosen Aufschwung gehabt. Der Anschlag Breußens an das rheinisch-westfälische Kohlsyndikat ist eine gewaltige Erscheinung. Die Preise der Kohlen sind schon wieder gestiegen und werden noch weiter steigen. Das wirkt wie eine Konsumsteuer, die nur von der Regierung ohne das Parlament beschlossen ist. Schmachhafter wollte man sie machen durch Erhöhung der Löhne der betroffenen Arbeiter, die aber stehen nicht im Verhältnis zu der Steigerung. Wozu die Stellung des Reichstages gegen das Kohlsyndikat, wenn ihm Breußen beiträgt und solche Preissteigerung ermöglicht? Diese Auswüchse zeigen, wie notwendig das von uns geforderte Kartellgesetz ist. (Zust. im Zentr.) Das von den Nationalliberalen gewünschte Petroleummonopol würde sich gegen die Konsumenten richten. Die Mißstände der Syndikate hängen aber nicht mit unserer Wirtschaftspolitik zusammen. Wir haben vielmehr das erfreuliche Bild der gesteigerten Einnahmen des Reiches, der Hebung des Viehstandes und des gesteigerten Fleischkonsums. Unsere Landwirtschaft versteht die Bevölkerung schon mit Fleisch und wird sie auch in absehbarer Zeit auch völlig mit Getreide versehen. Die Arbeiterlöhne sind mehr gestiegen als der Geldwert gefallen ist. Das gönne ich den Arbeitern; aber die Übertreibungen des Vorredners schaden nur dem Arbeiter. (Zustimmung im Zentrum. Widerspruch b. d. Soz.) Wir vertreten die Schutzpolitik im Interesse der Produzenten. Sie (nach links) wollen nur die Interessen der Konsumenten vertreten. Unsere Wirtschaftspolitik schafft Arbeit und Arbeitsgelegenheit und ist erst die Voraussetzung einer Sozialpolitik. (Lebh. Zustimmung im Zentr. Widerspruch links.) Als vornehmste Aufgabe dieses Reichstages betrachten wir die Vorbereitung der neuen Handelsverträge. Wir fordern dazu eine genaue amtliche Produktionsstatistik für Deutschland und das Ausland. Die Regierung muß danach streben, daß auch das Ausland die gleichen sozialen Lasten auf sich nimmt, wie wir, weil sonst die Fortführung unserer Sozialpolitik bedroht erscheint. (Lebh. Beifall im Zentrum.) Pauli-Bagenow (R.) trägt Handwerkerwünsche vor. Mit der Ausbildung des Fortbildungs- und Fachschulwesens sind wir einverstanden, doch dürfen diese Schulen nicht mit solchen Dingen, wie Bürgerkunde beschwert werden. (Lebh. Widerspruch links.) Belehrung über die Verfassung des Deutschen Reiches ist ganz unnötig für das Fortkommen der Handwerker. (Widerspruch links und Zurs. Religion auch.) Religion auch, darin stimme ich mit Ihnen überein. (Zurs. bei den Soz.) Aber Ihre Freunde im Landtag? Das ist deren Sache. Der Mittelstand wird auch durch die Gewerkschaften geschädigt. (Zurs. bei den Soz.: Bund der Landwirte.) Das ist etwas anderes, diese Gewerkschaften sollen die Produktion fördern. Die Konsumvereine wollen aber den Detailhandel an sich reißen. In den sogenannten paritätischen Arbeitsnachweisen überwiegt der Einfluß der Gewerkschaften. Man sollte statt dessen kommunale Arbeitsnachweise errichten. In der Reichsversicherungsbildung sehen wir einen großen Fortschritt der Sozialpolitik. Eine Abertreibung der Lasten der Sozialpolitik würde die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie schädigen. Unsere Wirtschaftspolitik hat uns eine günstige wirtschaftliche Ent-

wicklung verschafft. Nun muß vor allem der Mittelstand geschäftigt werden, der Worte sind genug gewechselt, wir wollen endlich Taten sehen. (Heiterkeit links, Bravo rechts.)

von Morawski (Pole) auf der Tribüne fast unverständlich) bekräftigt eine Reihe von Anträgen seiner Freunde zur Mittelstandspolitik.

Graf von Posadowsky (wild): Die Regierung ist im Wahlkampf viel angegriffen worden. Das Publikum kennt die Regierung nur aus der Presse, deshalb haben die Beamten die Pflicht, das Publikum aufzuklären. Freilich sollen die Gesetze immer nach ihrem Geist und Buchstaben ausgelegt werden, beim Reichsvereinsgesetz keineswegs immer geteilt. (Lebhafte Zustimmung links.) Auch darf die Bevölkerung nicht so oft mit Steuerforderungen unruhigt werden; der Reichstag wird deshalb die größte Sparmaßnahme walten lassen müssen. Man darf mir Unkenntnis der sozialdemokratischen Literatur vor. Ich halte mich an das Erfurter Programm, in welchem mit klaren Worten gesagt ist, daß das Privatigentum abgeschafft werden muß. (Lebh. Widerspruch bei den Sozial., Abg. Quare reicht dem Redner ein Exemplar des Erfurter Programms hin.) Wenn die Sozialdemokratie sich auf den Boden der modernen Entwicklung mit der Maschine als Grundlage der Industrie stellt, muß sie auch deren Folgen hinnehmen. Die Arbeit des Arbeiters ist einfacher und mechanischer geworden, seine geistige Bildung aber größer, und deshalb beschäftigt er sich mit seinen Lohnverhältnissen, mit seiner Stellung in der Gesellschaft und mit öffentlichen Angelegenheiten. Die Sozialdemokratie sollte das Denken des Arbeiters in eine Richtung führen, die überhaupt mit einem bestehenden Staat zu vereinigen ist. Die Frage des Mittelstandes ist auch eine Frage des Bauernstandes; ihn zu erhalten und zu vermehren ist eine der wichtigsten politischen Fragen. (Sehr richtig! rechts.) Ich halte es für das schwerste Unrecht, daß fortgesetzt der Großgrundbesitz, um seine Ratsfunden zu vermehren, Bauern aufkauft. (Sehr richtig! links.) Das ist eine politische Verleumdung, und wer das tut, soll nicht öffentlich behaupten, er sei ein Freund des Mittelstandes. (Starker Beif. links.) In letzter Zeit ist das allgemeine Wahlrecht vielfach unter Bezugnahme auf den Fürsten Bismarck angegriffen worden. Mir ist keine amtliche Handlung des Fürsten Bismarck bekannt geworden, die auch nur eine Vorbereitung dazu darstellte, das allgemeine Wahlrecht zu beschränken. Sein Fehler liegt wesentlich darin, daß gleichmäßig auf 100 000 Seelen ein Abgeordneter gewählt werden soll. Daß in Elsaß-Lothringen der allerhöchste Gnadenpensionsfonds gestrichen ist, halte ich für einen politischen Fehler. In Elsaß-Lothringen glaubt man sich auf eine Partei stützen zu können, deren Bekämpfung im Reich man für eine staatsbürgerliche Pflicht hält. Das halte ich für einen großen politischen Fehler. Dem jetzt stärker erkennenden Auf nach politischer Freiheit kann nur dann Folge gegeben werden, wenn auch das Volk sich politisch reif zeigt und ein richtiges Urteil über die Staatsmöglichkeiten gewinnt. (Vereinzelt Bravo!)

Die Weiterberatung wird vertagt auf Donnerstag 1 Uhr.

### Aus der Partei.

**Flugblattverbreitung als Hausfriedensbruch.** Ein Parteigenosse in Essen hatte sich „erdreistet“, den im Depot der ganz scharfmacherisch geleiteten Essener Straßenbahn-Gesellschaft wohnenden Unterbeamtenfamilien ein Wahlflugblatt zu bringen. Ein untergeordneter Beamter der Straßenbahn fühlte sich dadurch in seinen staatsverhaltenden Hausfriedensrechten verletzt und sorgte für eine Anklage wegen Hausfriedensbruchs. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht in Essen ergab aber glatte Freisprechung. Selbstverständlich mußte, so erklärte das Gericht, den Familien im Depot ermöglicht werden, sich besuchen zu lassen, von wem sie wollten. Das Verbot des Beamten sei widerrechtlich erfolgt.

**Ein spätes Maifeiernspiel.** Die vorjährige Maifeier hatte in Essen gegen eine Reihe von Teilnehmern Anklagen gezeitigt wegen Beteiligung an einem nicht genehmigten „Aufzuge“, der doch nur ein Spaziergang war, und wegen Veranstellung politischer Versammlungen (die Abendfeiern), an welchen Jugendliche teilnahmen. Der verantwortliche Redakteur der „Arbeiterzeitung“ in Essen, der zur Teilnahme an der Maifeier aufgefordert hatte, und deswegen zu den „Veranstaltern“ gehören sollte, wurde von der Strafkammer deshalb zu 30 Mk. Strafe verurteilt, da er hätte wissen müssen, daß zu der Veranstaltung die polizeiliche Genehmigung gehörte! Selbst der Expedient der „Arbeiterzeitung“ war angeklagt, weil er ein Inserat zur Maifeier im Blatte aufgenommen hatte; doch wurde er jetzt freigesprochen.

**Wie unsere Gegner für uns arbeiten.** Aus dem Kriegerverein Hohenzollern wurden wegen Beteiligung an der Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Polen 95 Mitglieder ausgeschlossen. 24 dieser ausgeschlossenen Kriegervereiner sind jetzt einmütig dem Sozialdemokratischen Wahlverein beigetreten. Nur weiter so! — Besser aber ist es, die Arbeiter meiden die Kriegervereine von vornherein, die ja nur gegen die Interessen der Arbeiter wirken.

**Unerschrockenes aus Stuttgart.** In einer Mitgliederversammlung der Stuttgarter Parteiorganisation, in der Genosse Westmeyer referierte, gab nach einem Streit der Genosse Stalsky, Angestellter des Metallarbeiterverbandes, einem älteren Genossen eine Ohrfeige. Der geschlagene Genosse stellte bei der Parteileitung den Antrag, die Sache zu untersuchen. Beide Genossen wurden geladen. Der Antragsteller erschien, Stalsky jedoch nicht. Er lehnte sein Erscheinen mit der Begründung ab, die Sache sei eine Privatangelegenheit und gehe die Partei nichts an. Nunmehr beschloß sich die zuständige Parteibeiratsversammlung mit der Angelegenheit; sie stellte an die allgemeine Mitgliederversammlung den Antrag, gegen Stalsky das Ausschlußverfahren einzuleiten. Die allgemeine Vertrauensmannerversammlung trat dem Beschluß bei, ebenso die von rund 1000 Genossen besuchte allgemeine Mitgliederversammlung mit allen gegen 10 bis 15 Stimmen. Der Antrag wurde dem Landesvorstand als der zunächst zuständigen Instanz überwiesen. In dem sehr kurzen Versammlungsbericht (die Versammlung beschäftigte sich auch mit der Berichterstattung vom Parteitag in Jena) wird über diesen Teil der Verhandlung mit dem einen Satz berichtet: „Bevor die Referate der Berichterstatter entgegengenommen wurden, beschloß die Versammlung mit starker Mehrheit, gegen den Genossen Stalsky, Angestellten auf dem Bureau des Hauptvorstands des Metallarbeiterverbandes, wegen ehrlöser (1) Handlung das Ausschlußverfahren einzuleiten.“ Der Landesvorstand führte nach Einlauf dieses Ausschlußantrags eine Verhandlung mit dem Geschlagenen und dem Angeklagten herbei, jedoch ohne Zuziehung der antragstellenden Organisation. Nunmehr sah sich Stalsky veranlaßt, den Angeklagten um Entschuldigung zu bitten. Stalsky erhielt außerdem vom Landesvorstand eine strenge Rüge. Damit erklärte sich der Geschlagene auf Eruchen des

Landesvorstands als für seine Person zufriedengestellt. Ein Mitglied des Landesvorstands teilte dieses Resultat in der folgenden Parteiversammlung mit und ersuchte um Zurückziehung des Ausschlußantrags. Die Sache konnte aber aus formalen Gründen noch nicht erledigt werden. Nunmehr hat Genosse Stalsky den damaligen verantwortlichen Redakteur der „Tagwacht“, Genossen Westmeyer, verklagt, weil man nicht den Grund, der zu seinem Ausschluß wegen ehrlöser Handlung führte, im Bericht mit angegeben hat. Das Gericht verurteilte Genossen Westmeyer wegen Verleumdung durch die Presse zu 10 Mk. Geldstrafe eventuell 8 Tagen Gefängnis. Das Gericht erkannte an, daß der Wortlaut des Berichtes mit dem Versammlungsbefehl übereinstimmte; das Gericht erachtete aber die Handlungsweise des Stalsky wohl als strafbar, jedoch nicht als ehrlöser Handlung. Der Berichterstatter hätte darum auch den Sachverhalt mitteilen müssen und sich mit der Wiedergabe des Beschlusses nicht begnügen dürfen.

### Gewerkschaftsbewegung.

**Lohnbewegung auf den Seeschiffswerten der Firmen Schichau-Danzig und Elbing und Klawitter in Danzig.** Nachdem der Kampf der Arbeiter der Schichauwerft in Danzig im Herbst v. J. abgebrochen wurde, ohne daß materielle Erfolge erzielt wurden, haben die Arbeiter nunmehr beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten, die sich auf beide Betriebe der Firma Schichau in Danzig und Elbing erstrecken soll und ebenso auf Klawitter in Danzig. Die Leitungen der beteiligten Organisationen, Freie Gewerkschaften, Christliche Gewerkschaften und Hirsch-Duncker'sche Gewerksvereine, haben die Zustimmung dazu erteilt. Die Forderungen gehen nicht über die heute schon auf anderen Werften bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinaus und sind Montag eingeleitet worden. Es wird von dem Verhalten der Firma abhängen und vom Ausgang der beantragten Verhandlungen, ob es zu einem Lohnkampfe kommt. Es kämen dann 6-7000 Arbeiter für die Lohnbewegung in Betracht.

**Ablehnung der Vergarbeiterforderungen in Oberschlesien.** Auf die Eingabe der fünf Vergarbeiterorganisationen um Erhöhung der Löhne ist dem Verband der Vergarbeiter (Eich Bochum), zu Händen des Vergarbeiterangelegten in Katowitz unterm 26. Februar folgende Antwort zugegangen: „Auf das gefällige Schreiben vom 20. d. M. erwidern wir ergeben, daß wir nicht in der Lage sind, mit Ihnen in eine Erörterung der von Ihnen angeregten Fragen einzutreten.“ — Durch diese abweisende in ihrer Form geradezu herausfordernde Stellungnahme der Vergwerksbesitzer wird nun auch die Situation im oberschlesischen Bergbau eine sehr gespannte.

**Einige tarifkränigliche Unternehmer im Holzgewerbe.** In Königsberg in O.-Pr. weigern sich die Wäntschlermeister, die tariflich festgesetzten Löhne zu zahlen. Obwohl die Meister nicht bestreiten, daß der Wortlaut des Tarifvertrages den Arbeitern recht gebe, so erklären sie sich aber aus Prinzip gegen die Bezahlung. Die Unternehmer lehnten die Verhandlung über diesen Streitfall in der Schlichtungskommission ab. In einer demnächst unter einem unparteilichen Vorsitzenden stattfindenden Sitzung soll die Sache verhandelt werden. Bisher haben ca. 180 Gesellen die Arbeit eingestellt. Die Unternehmer versandtten schwarze Listen mit den Namen und der Wohnungsangabe von 113 Gesellen. — In Graudenz in Westpreußen hat der Holzarbeiterverband im Jahre 1911 mit dem größten Teil der Tischlermeister einen Vertrag bis zum Jahre 1916 abgeschlossen. In diesem Jahre trat laut Vertrag am 15. Februar die Verkürzung der Arbeitszeit von 58 auf 57 Stunden und eine Lohnerhöhung ein. Ein Teil der Meister suchte diese Bestimmungen zu umgehen. Es ist deshalb bereits zur Arbeitszeinstellung in zwei größeren Werkstätten gekommen. Zugang ist fernzuhalten.

**Sind Gewerkschaften politische Vereine?** Ein interessanter Prozeß spielte sich vor dem Schöffengericht in Dresden ab. Es handelt sich um die Frage, ob die Gewerkschaften politische Vereine sind. Der Vertrauensmann des Brauereiarbeiterverbandes in Dresden hat eine Strafverfügung über 10 Mk. bekommen, weil er sich weigerte, die Namen der Vorstandsmitglieder des Verbandes der Polizei einzureichen. Die Justizstelle war unter das Vereinsgesetz gestellt worden, weil sie 500 Mk. zum Reichstagswahlfonds gegeben hatte. Gegen diese Strafverfügung hat der Vertrauensmann gerichtliche Entscheidung angeregt. Vor Gericht wurde nun von der Polizei als Beweis für die politische Betätigung ein Artikel aus der Verbandzeitung vorgelesen, der zumeist sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Inhalt hatte. Auch ein Artikel über die Leuerung und die Löhne wurde von der Polizei als politisch bezeichnet. Als Hauptgrund diente die Zahlung der 500 Mk. zu den Wahlkosten. Es wurde aus den Kassenbüchern nachgewiesen, daß diese 500 Mk. an die Kasse des Verbandes zurückgezahlt worden sind. Trotz alledem erfolgte die Beurteilung des Vertrauensmannes.

**Waffenangebot gegen ausgesperrte Porzellanarbeiter.** Nachdem am Sonnabend die Aussperrung der Porzellanarbeiter begonnen hatte, sollen am Sonntag von jeder Kompanie des in Bayreuth garnisonierenden 7. bayerischen Infanterieregiments je 12 (nach einer anderen Meldung 16) Mann mit der Bestimmung in der Kaserne festgehalten worden sein, um bei Ausbruch von Unruhen in den von Porzellanarbeitern stark bevölkerten oberfränkischen Orten zur Abfahrt bereit stehen. Auch die Gendarmereiposten in den von der Aussperrung betroffenen Orten wurden verstärkt. Der Aussperrungsfeldzug der Großfabrikanten in der Porzellanindustrie verläuft bisher in Oberfranken für die Scharfmacher wenig glücklich. Verschiedene kleinere Porzellanindustrielle, die dem Aussperrungsplan seinerzeit nun zustimmten, in der Hoffnung, daß er doch nicht zur Ausführung kommen werde, und aus Furcht, im Falle der Widersetzung von dem Unternehmerverband terrorisiert zu werden, verweigern jetzt den Großindustriellen die Gefolgschaft und lassen die Arbeiter weiter im Betrieb. Das wird aus Wunsiedel, Bayreuth und anderen Orten gemeldet.

**Tariffbewegung im sächsischen Tapezierergewerbe.** In den letzten Jahren hat die Tariffbewegung im Tapezierergewerbe bedeutende Fortschritte gemacht. Leipzig war noch die einzige Großstadt, in der für den Tapeziererberuf kein Tarifvertrag bestand. Deshalb bestand am Orte eine außerordentliche Verschiedenheit in der Arbeitszeit und in den Löhnen. Betrug doch die wöchentliche Arbeitszeit in 10 Stufen von 48 bis 57 Stunden pro Woche und an Stundenlöhnen wurden in 27 Stufen 53-74 Pfg. gezahlt. Nunmehr ist auch hier ein Tarifvertrag abgeschlossen worden zwischen dem Unternehmerverband, der Zwangsinnung und dem Verband der Tapezierer (Gehilfen). Eine Gehilfenversammlung stimmte dem Abschluß zu. Durch diese tariflichen Bestimmungen wird zunächst die wöchentliche Arbeitszeit allgemein auf 52 1/2 Stunden und ab 1914 auf 52 Stunden festgelegt. In Betrieben, wo bereits eine kürzere Arbeitszeit besteht, muß diese beibehalten werden. Der Mindestlohn wird um 3 Pfg. erhöht und beträgt 46-52-56 Pfg., 1914 tritt eine weitere Erhöhung um 2 Pfg. ein. Außerdem erfolgt eine Zulage von 8 Pfg. am 15. März 1912 und 2 Pfg. am 15. März 1914, auf alle bestehenden Stundenlöhne. Die Akkordpreise

werden um 10 Proz. und 1914 um 5 Proz. erhöht. Für Überstunden wird ein Zuschlag von 80 Pfg. Proz. und für Sonntags- und Nacharbeit von 60 Proz. gezahlt. Nachstunden beginnen drei Stunden nach der geschäftlichen Arbeitszeit. Diese Zuschläge müssen auch bei Akkordarbeit gezahlt werden. Bei Außenbearbeitung und Ausstellungsarbeiten erfolgt ein Zuschlag von 15 Proz. und für Überarbeit die vorgenannten Zuschläge. Dazu kommen noch weitere kleine Arbeitsverbesserungen. Zur Überwachung des Tarifvertrages wählen die Unternehmer und die Gehilfen keine Kommission von je 5 Vertretern. Dieselbe hat auch zu Anfang 1914 darüber zu beraten, ob die Erhöhung der Löhne um einen weiteren Pfennig, also um abermals 3 Pfg. erfolgen soll. In acht weiteren Städten Sachsens schweben z. Bt. ebenfalls Lohnbewegungen. Die Forderungen der Gehilfen sind in der Mehrzahl den Unternehmern bereits unterbreitet; ein Ergebnis liegt noch nicht vor. Sollte in einem oder dem anderen Orte der Kampf zur Erreichung zeitgemäßer Lohn- und Arbeitsbedingungen unvermeidlich sein, so wird um Fernhaltung des Bezuges gebeten.

**Zur Lohnbewegung in der Fahrrad-, Nähmaschinen- und Automobil-Industrie Bielefelds.** Die Arbeiter der Firma vorm. A. Dürrkopff u. Co. nahmen am Montag abend in einer überfüllten Versammlung Stellung zu der Verzögerung, die von der Firma bei der Durchführung der Ende vorigen Jahres zwischen dem Unternehmerverband und den beteiligten Arbeiterorganisationen für alle Bielefelder Fabriken getroffenen Vereinbarungen beliebt wird. Die Firma hat erst jetzt auf Drängen und auch nur teilweise in einzelnen Abteilungen Lohn erhöhungen verprochen. Die Versammlung sprach in einer Resolution ihr Bedauern aus, daß die Vereinbarungen, die am 1. Januar in Kraft treten sollten, bis heute noch nicht durchgeführt sind, und sie forderte den Gesamtarbeiterausschuß auf, für endgültige Durchführung der Vereinbarung baldigst zu sorgen. Die Organisationsleitungen werden zum Schluß aufgefordert, alle Vorbereitungen zu eventuellen schärferen Maßnahmen zu treffen. Die Firma Dürrkopff beschäftigt rund 4000 Arbeiter.

**Gewerkschaften und Reichsvereinsgesetz.** Die Zahlstelle Dresden des Brauereiarbeiterverbandes wurde von der Behörde für einen politischen Verein erklärt, weil sie 1000 Mk. für den Reichstagswahlfonds gespendet hatte. Die Polizei forderte den Vorsitzenden der Zahlstelle auf, die Liste der Vorstandsmitglieder einzureichen. Der Vorsitzende kam dem nicht nach, er erhielt deshalb eine Anklage. Wegen Verweigerung der Vorstandsliste wurde der Vorsitzende Barth nun vom Schöffengericht zu 15 Mk. Geldstrafe verurteilt.

**Ein origineller Streik.** Wie aus Jekaterinodar telegraphiert wird, ist in der Staniga Romanowkaja in sämtlichen Kirchen ein Streik der Kirchengänger ausgebrochen. Die Ursache ist der hundemiserable Lohn, den die frommen Gläubigen an die Kirchengänger zahlen. Diesen armen Kerlen ist es offenbar zu viel geworden, sich mit der Aussicht auf den „himmlischen Lohn“ abzugeben zu lassen, und sie haben es vorgezogen, nach dem Beispiel der Arbeiter zu dem sehr irdischen aber umso wirkungsvolleren Mittel des Streiks zu greifen.

**Zur Bewegung der englischen Vergarbeiter.** Aus London wird uns soeben telegraphiert: Das Gericht, daß die Regierung entschlossen sei, den Minimallohn für den Bergbau gesetzlich einzuführen, falls es zu keiner Einigung kommen sollte und von den Gruben widerwilliger Unternehmer zeitweilig Besitz zu ergreifen, wird von maßgebenden Personen als glaubwürdig hingestellt. Wenigstens ein einflussreicher Minister tritt für diese Maßregel ein. Man glaubt, daß es die Lords nicht wagen würden, eine schnellstens zu erledigende Minimallohnvorlage zu verwerfen. — Der Streik läßt sich jetzt auf keinen Fall mehr vermeiden; 40 000 Vergarbeiter steifen schon, eine noch größere Zahl legte gestern (Mittwoch) die Arbeit nieder. Die Leute sind nicht mehr zu halten.

### Aus einer kleinen Stadt.

In Fiddichow, einem kleinen Städtchen bei Stettin, hat sich der dort amtierende Bürgermeister Goebel recht unbeliebt gemacht, weil er sich in seiner Amtsführung nicht der erforderlichen Objektivität befleißigt. Verschiedene Vorkommnisse haben eine Unmenge von Zündstoff in der Bürgerschaft aufgehäuft, der zu einer Entladung drängte. Am 26. Oktober v. J. suchte der Kaufmann Kübbach den unhaltbaren Zuständen in Fiddichow ein Ende zu bereiten, indem er eine Depesche an den Kaiser sandte, in der einige Angriffe gegen die Amtsführung Goebels enthalten waren und gesagt wurde: „Seine Majestät räume auf mit derartigen unfähigen Beamten“, damit nicht der Streik sozialdemokratisch werde! Der naive Patriot hatte sich von der hurrapatriotischen Hohenzollernverhimmelung blenden lassen und glaubte, er brauche sich nur an den Kaiser zu wenden, dann würden die Fiddichower Verhältnisse objektiv untersucht und die Mißstände abgestellt. Kübbach sollte eine bittere Enttäuschung erleben. Die Depesche wurde an den Greifenhagener Landrat weitergegeben, der einige Freunde des Bürgermeisters über die Zustände in dessen Verwaltungsbereich vernahm und so natürlich alles in bester Ordnung fand. Die weitere Folge der Kaiserdepesche war, daß Bürgermeister und Magistrat von Fiddichow sich beleidigt fühlten und die Stettiner Staatsanwaltschaft auch Anklage wegen Beamtenbeleidigung erhob. Am Montag fand die Verhandlung vor dem Stettiner Landgericht statt, über 30 Zeugen wurden vernommen, aber nicht einer war unter ihnen, der etwas zugunsten des Bürgermeisters sagen konnte. Vom Pastor und vom Stadtverordnetenvorsteher bis zum Arbeiter und Nachtwächter gaben sie einmütig das Wort ab: Der Bürgermeister handelt parteiisch. Seine Freunde biten sich erlauben, was andern Leuten Polizeistrafen einbringt. Bei Verhängung von Polizeistrafen wurden die Besühenden milder, die Arbeiter schärfer angefaßt. Der Pastor befandete: „Den Eindruck, daß Goebel parteiisch handelte, hatte in Fiddichow jeder anständige Mensch.“ Und Dr. med. Krägin, der Stadtverordnetenvorsteher deponierte: „In der Stadt herrschte große Furcht vor dem Bürgermeister. Alle trauen ihm zu, daß er sie schädigen würde, wenn sie anders handeln, als dem Bürgermeister lieb ist. Die Geschäftsleute lassen sich in ihren Handlungen von der Ansicht leiten, daß ihnen Schaden erwächst, wenn sie gegen Goebel Front machen. Auch meine Überzeugung ist, daß er parteiisch handelt. Namentlich unter den Arbeitern ist eine große Mißstimmung und ich bin überzeugt, daß das Fiddichower Reichstagswahlergebnis dadurch in erster Linie verschuldet ist.“ Ein Gastwirt, der welchem die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihre Versammlungen abhalten, erhielt wegen Übertretung der Polizeiverordnungen auf Strafverfügungen, die auf richterliche

Entscheidung alle reduziert wurden. Wo der Bürgermeister selbst über die Polizeistunde hinaus kniepte, blieb es bei bloßen Ermahnungen des Wirtes. Ein zur Probe angestellter Polizeibeamter wurde sofort entlassen, als er mit einem Freund des Bürgermeisters in Differenzen geraten war, weil er sich dessen Übergriffe nicht gefallen lassen wollte. Die Tochter des befreundeten Beigeordneten wurde mit nur 2 Mark Polizeistrafe bedacht, als sie mit dem Kad über den Bürgersteig fuhr, während ein Arbeiter für das ganz gleiche Delikt 15 Mark blechen mußte. Bei dem vorjährigen Streik in den dortigen Rohrwerkfabriken stellte sich Goebel einseitig auf die Seite der Unternehmer. Ein Arbeitergesuch um Vermittlung lehnte er unhöflich schroff ab, aber als freiwilliger Kommissar der Schlichtung in der Sache der streikenden Arbeiter, die bei den Backarbeiten der Oberregulierung Beschäftigung gefunden hatten, wieder entlassen wurden. Dabei hat das Schlichtergericht in einem Streitprozeß in seiner Urteilsbegründung gesagt, daß die Forderungen der Arbeiter berechnigt seien, weil für gleichartige Arbeiten viel niedrigere Löhne gezahlt wurden als anderwärts. Nach solchen Leistungen kann man es wohl durchaus verständlich finden, wenn ein alter Schmiedemeister, der auch Stadtverordneter und Magistratsmitglied ist, kurz und bündig urteilt: „Parteilich ist der Bürgermeister immer.“ Wie die Urteilsbegründungen des Bürgermeisters Goebel zum Teil beschaffen waren, davon nur noch ein Beispiel: Auf seine Anordnung mußte mitten in einer nachts kalten Novembernacht ein 85jähriger Rentempfangender das Armenhaus verlassen und im Schussgraben klopfern, bis ihm ein mittelalterlicher Nachwächter Obdach in seinem Keller gab. Die Ausquartierung erfolgte, weil sich der Alte „unmüßig gemacht“ — wie der Bürgermeister sagte — weil er übertragene Arbeit nicht ausführen konnte, versichern dagegen glaubhaft andere Zeugen. Und daß die letzteren recht haben dürften, ergibt sich aus der Tatsache, daß der Bürgermeister den Kreis ins Arbeitshaus gesteckt wissen wollte, während das Schlichtergericht erkannte, daß man dem alten gebrechlichen Mann keine Arbeit mehr zumuten dürfe. Trotzdem die Vernehmung der über 80 Zeugen eine niederschmetternde Verurteilung des Bürgermeisters bedeutete, hob sie das Gericht in seiner Urteilsbegründung als unerheblich beiseite, da es zum Teil nur subjektive Ansichten, aber kein tatsächliches Material ergeben hätte. Der Angeklagte hätte sich an die zuständigen Behörden wenden müssen, wenn er Mißstände beseitigen wollte. Da er sich an den Kaiser wandte, ergibt sich die Absicht der Beleidigung, „denn er mußte wissen, daß der Kaiser für solche Beschwerden nicht zuständig ist und die Depesche nur geeignet war, den Bürgermeister zu beleidigen und in der Achtung des Allerhöchsten Herrn herabzusetzen.“ Er habe wohl nur Rachegefühle befriedigen wollen, das lasse sein scharfes Vorgehen gegen Goebel während der Verhandlung erkennen. Deshalb wurde auf einen Monat Gefängnis erkannt.

Das Urteil wird sich als eine Fundgrube politischer Aufklärung erweisen. Ist doch die pommerische Landbevölkerung immer noch in dem monarchistischen Irrewand befangen, daß der Kaiser ein offenes Ohr für alle Wünsche des Volkes habe und mit hilfreicher Arm alle Mißstände beseitige, auf die man ihn aufmerksam macht. Nun aber führt das gläubige Vertrauen zum Throne ins Gefängnis hinein! Das wird manchem Hurrapatrioten den Star stechen! Nicht zuletzt das Verhalten des Bürgermeisters hat den politischen Gesichtskreis der Städtchower schon so erweitert, daß bei der Wahl 1912 von 77 sozialdemokratischen Stimmen im Jahre 1907 die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen auf 247 anwuchs.

### Aus Nah und Fern.

Ein Polizeispindel entlarvt. Wieder einmal ist es gelungen, einen jener ehrenwerten Mitarbeiter der politischen Polizei in Berlin zu entlarven, die der Volksmund als „Achtroschenjungen“ bezeichnet. Es handelt sich nach dem „Berichtspiegel“ um den 31. Jahren alten Polizeizugewandten Georg Brautigam aus Neuruppin, der im „Nebenamt“ für den Kommissar Runge, einen Spezialisten für „Anarchistenachen“, tätig war. Er hat sich seit etwa fünf Jahren in der anarchistischen Bewegung herumgetrieben und sich in ihr Ede Reimann genannt. Der eifrige „Anarchist Reimann“ hat sich dabei verschiedene Verdienste erworben. Er war der Strohstengel einer, wenn es

galt, für die Verbreitung der anarchistischen Blätter zu sorgen. Einmal ist ihm sogar die Ausweisung eines erhaltenen Mann ein böses Geschick ereilt. Er ist von den wahren Anarchisten entlarvt worden. Vor einiger Zeit hatte er nämlich in der Trunkenheit eine polizeiliche Legitimationstafel verloren. Als der Spindel sich erkannt sah, gestand er alles ein und flehte inständig, man möge ihn nicht verhaften. Wie aus den Aufzeichnungen, die bei dem Entlarften vorgefunden wurden, zu ersehen war, ist die Spindelhaftigkeit mit 40 Mark monatlich honoriert worden.

Schon frühzeitig dem Kapital den Tribut gezollt. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich im Betriebe des Landwirts Boleslaus Eufat in Bopowo (Polen). Der 14 Jahre alte Knabe Josef Nager hatte beim Drehen mit der Maschine geholfen. Beim Fortschreiten der erdrosselten Körner vom Drehschalen kam Nager dem unbedeckten Teile der Dreihwelle zu nahe und wurde von der Verkupplung erfaßt und mit der Dreihwelle mehrere Male hintereinander herumgeschleudert, wobei er bei jeder Umdrehung mit dem Kopf auf die harte Tenne geschlagen wurde. Als das Unglück bemerkt wurde, atmete der Knabe nur noch schwach; er starb vor den Augen der Arbeiter.

Die Präsidentschaftswahl im Kriegervein. In der Versammlung des Kreis-Kriegervereins zu Soest kam es bei der Wahl des zweiten Vorsitzenden zu lebhaften Auseinandersetzungen. Bisher war der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Schulenburg erster Vorsitzender, gegen dessen Wiederwahl Bedenken erhoben wurden, da er im Reichstage bei der Wahl der Mitglieder des Reichstagspräsidiums für einen Sozialdemokraten gestimmt habe. Schulenburg teilte die Gründe mit, welche die nationalen Reichstagsabgeordneten veranlaßten, ihre Stimmen in der besagten Weise abzugeben. Nach einstündiger, zum Teil sehr erregter Debatte, wurde zur Wahl des Vorsitzenden geschritten. Es entfielen auf Schulenburg 83 Stimmen, auf Baron von Borlum-Dollf 35 Stimmen. Schulenburg nahm die Wahl an, die Liberalen waren gerührt.

Wie es gemacht wird. Wir entnehmen dem „Kunstwart“: Herr Dr. jur. Kurt Wolff in Breslau hat an die Firma G. Bierfons Verlag, Inhaber Richard Linke, R. und K. Hofbuchhändler in Dresden, den folgenden Brief geschrieben. Es entfielen auf Schulenburg 83 Stimmen, auf Baron von Borlum-Dollf 35 Stimmen. Schulenburg nahm die Wahl an, die Liberalen waren gerührt.

Um stehen ein Gedicht. Habe ein Land Gedichte geschrieben. Sind sehr schön Mein Freund findet sehr gut. Bitte mir zu schreiben, ob Sie meine Gedichte drucken wollen, und was kostet es?

Mit aller Hochachtung Voll R. Wolf Drogist Breslau, Grunstraße 3 Sendte anbei Rückporto. Bitte mir gleich höflich schreiben, ob ich Dichter bin und 20 Gedichte von mir drucken wollen. Höre, daß auch J. Dichtern heißen. Will gern alles event. zahlen, was Sie kostet (bis gepakt 600-600 Mk. mer nich), muß aber in Zeitung stehen, daß von mir ist. Das ist mein bestes.

Die Quelle. Die Quelle durch die Wälder geht Und durch die Täler leise Mein Herz ist warm und geht hinauf, hinab. Die Quelle durch die Wälder geht Die Blümlein sind gepflanzt Ich könnt ich immer am Ufer gehn hinauf, hinab. Die Quelle durch die Wälder geht Die Sterne scheinen Es wird Nacht und die Sonne geht hinauf, hinab.

Breslau im Mai. Darauf erhielt der Einsender die folgende Antwort: Sehr geehrter Herr! Ihre Gedichtproben haben wir mit lebhaftem Interesse gelesen, sie sind recht stimmungsvoll und zeugen von poetischem Talente, wenn auch die Form

manchmal nicht ganz tadellos ist. Jedenfalls sind die Gedichte, die wir von unserm literarischen Mitarbeiter etwa durchsehen lassen würden, einer Veröffentlichung wert und wir wären gern bereit, die Sammlung zu drucken und herauszugeben.

Freilich müßten Sie die Kosten tragen, denn ein genügender Absatz ist nicht sicher, solange ein Dichter noch nicht bekannt ist. Wir bitten nun, uns sämtliche Gedichte einzusenden, damit wir Ihnen das Nähere mitteilen können. Hochachtungsvoll und ergebenst G. Bierfons Verlag.

Später mahnte die Firma, sie hätte noch keine Nachricht und bittet, die Gedichte nun gefälligst einzusenden. Mit dem Lachen über diesen Briefwechsel scheint es nicht getan, wenn man bedenkt, daß sich dem Bierfonschen Verlage, Inhaber R. und K. Hofbuchhändler Linke, hier ein armer Teufel von „Drogist“ anzubieten schen, der sich bereit erklärte, seine paar Ersparnisse zu opfern. Hier schien es so, in wie vielen Fällen ist es so, wo uns nachher Dilettanten-Lust gebietet vorgelegt wird?

Fünf Personen ertrunken. In der Nähe von Kostowo (Mähren) ereignete sich ein trauriges Ereignis. Ein Kahn, in welchem fünf Arbeiter die March überqueren wollten, kippte infolge der starken Strömung um, und sämtliche Insassen stießen ins Wasser. Obwohl sofort alle Anstrengungen gemacht wurden, die mit dem Wasser Retten konnten, ertranken alle fünf Personen. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Des Lebens Not. Im frommen „Reichboten“ finden sich in einer der letzten Nummern die folgenden Sätze ländlicher Pfarrer:

„Der liebe Gott! Für einen kleinen Beamten und Handwerker meiner Gemeinde, der neun Kinder hat, von welchen sieben noch zu Hause sind, bitte ich um Gaben der Liebe, da derselbe durch einen Brand, Krankheit der Frau und Kinder und andere Schicksalsschläge in sehr große Not geraten ist. Bis Anfang März laufenden Jahres muß die drückendste Schuld gedeckt sein.“

Bittere Not! Einer braven, gottesfürchtigen Witwe, die eine Schuld von 400 Mk. begleichen muß, wird bis zum 10. März Hege und Stühle vom Gerichtsvollzieher genommen, wenn nicht christliche Liebe hilft. Ihre Kinder sind krank, sie selbst quält sich Tag und Nacht. Die ganze Summe kann ich hier nicht aufbringen. Ich bitte herzlich, vom Ueberfluß zu geben.“

Das klingt freilich etwas anders, als die Tränen der Junker, wenn sie in den Parlamenten die beschiedene, aber auskömmliche Existenz der Landbevölkerung besingen.

Kleine Nachrichten. Die Frau eines Arbeiters in Rötzen (Anhalt) hängte in ihrer verschlossenen Wohnung an einem eisernen Ofen Tücher auf, die in Brand gerieten. Als die Frau von einem Ausgang zurückkehrte, fand sie ihre vier Kinder von 1/2 bis 6 Jahren erstickt vor. Zwei Kinder von 7 und 8 Jahren wurden schwer erkrankt ins Krankenhaus gebracht. — Auf der zum Bochumer Busstahlwerk gehörenden Zeche Engelsburg sind, wie erst jetzt bekannt geworden ist, seit Montag zwei Bergarbeiter von einwirkenden Gesteinsmassen verschüttet worden. Die Rettungsarbeiten wurden sofort aufgenommen, doch ist es ungewiß, ob die Leute noch leben. — Gestern morgen ist der Arbeiter Bilja, der am 27. Oktober den Landwirt Hörtzen in Müntermeinfeld ermordete, im Hofe des Koblenzer Gerichtsgewängnisses hingerichtet worden. — Auf dem Wege von Schlichtaw nach Petropawlowst (Sibirien) wurde ein Trupp von zwölf Häftlingen vom Schneesturm überrascht. Zwei Soldaten der Begleitmannschaft sind erfohren. Ein Häftling ist vermißt. — Ein Schlepper ist nahe der Barre Moor an der portugiesischen Küste mit dem kleinen Kanonenboot „Faro“ zusammengestoßen. Dieses sank. Sechs Mann, darunter der Kommandant und der zweite Offizier, sind ertrunken.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stieling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

<b>Siegerin</b> "Palmas" "Mohra"	<b>Brauereien</b> Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75 Kieler Schloßbräu, H. A. Wolf, Untertrave 26, Fernspr. 1271	<b>Drogerien</b> W. Hohenschild, Marlist. 42c. T. 736, Aug. Prösch, Mühlenstr. 38 Julius Vogt, Germania-Drogerie, Hansstr., Ecke Köhlgstr.	<b>Friseur, Parfüm.</b> J. Kuhn, Ratzebg. Allee 42a	<b>Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen</b>	
<b>Arb.- u. Berufs-Kl.</b> J. H. Fein, am Markt, Radolp Karstadt, Eutin, K. Quitzan, Schwartau, Markt 14	<b>F. Veiermüller Sachl.</b> , Schwartauer Brauerei in Gebinden u. Flaschen <b>Franz Langloß</b> , Schüttopfer u. Brauerei	<b>Fahrräder, Nähmasch.</b> H. Benthien, Fackenberg Allee 53 Deutsches Nähmaschinen-Haus <b>Gustav Rath</b> , Frister & Robmann - Nähmasch. Franz Busse, Wahnstr. 42, Gr. Burgstr. 23 Heinr. Körner, Lübecker Fahrräder, Joh. Meier, Ernstkl. Räder u. Nähmasch. billig, Johs. Meyer, Königstr. 51, Carl-Petersen, Malente, Bahnhofstr. 25, H. Arnold, Schwartau, Lüb.-St. 7, Arnold, 71. Rep. Sämtl. Ersatz.	<b>Galant., Spielwar.</b> C. Bliessath Wwe. Sandstr. 9	<b>Kurz, Weiss, Wolle</b> O. Sünnewald, Lindenstr. 39 Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.	
<b>Art. z. Krankenpfll.</b> F. W. Heyde, Königstr. 38	<b>Brennmaterialien</b> H. Schmitt, Augustenstr. 14/15a L. Walbrandt, Rosenpark 10	<b>Farben u. Lacke</b> J. Becker, Dornestr. 29, W. Hohenschild, Marlist. 42c. P. 704, Ferd. Kayser, Breitestr. 81, Aug. Prösch, Mühlenstr. 38	<b>Handels-Lehranst. Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartsgrube.</b>	<b>Manufakturwaren</b> Johann Dittmer, Drögest 12a, Paul Remien, Malente, Bahnhofstr. J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr. Hamb. Engros-Lager, Schwartau, K. Quitzan, Schwartau, Marktstr. 14	
<b>Bäckereien</b> Paul Burmeister, Lübeck, Le. Lebb. 43, Dampf-B. u. Kondit. Fischergrube 17 H. Jargstorff, Warendorferstr. 36, Fleischhauerstr. 32, Fein-Weiß- u. Großbäckerei W. Krahn, Fackenberg Allee 51a Ad. Hinzelmann, Schüttopf, Westerst. 23, Feines Schwarz- u. Weißbrot B. Plath, Lübeckerstr. 3 W. Steinhoff, Travealände	<b>Butter-, Käseidign.</b> Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8 H. Philipp, Fackenberg Allee 90 W. Rosenlein, Hüst. 23 J. Seemann, Hüst.	<b>Fleisch- u. Würst.</b> Hans Gerds, Eiswiegstr. 1a, Primas Fleisch- u. Würstwaren, Chr. Gipp, Moislinger Allee 4, Gottlieb, Königstr. 104, Beckergarbe 30, Carl Joost, Wersdorferstr. 14, C. Klein, Pfaffenstr. 14, W. Lemcke, An der Mauer 41a, F. Möckel, Kupferschmiedestr. 68, W. Pöhl, Wahnstr. 48, Würst- fabrik mit elektr. Betr., Jul. Schöber, Gr. Burgstr. 32, Gust. Zech, Kottwitzstr. 55, H. Müller, Pa. Fleisch- u. Würstw.	<b>Haus- u. Küchenger.</b> Joh. Baade, Lübeck, Fackenberg Allee 34a, Paul Reher, Tunkenhagen 5, E. Wiskeemann Nachf., Eutin, Louis Rathmann, Schwartau.	<b>Möbelmagazine</b> Möbel-Fabrik, Mölsing, Allee 60, Detail-Verkauf in der Fabrik W. Pamperin, Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20, Wohnungseinrichtungen z. billigen Pre.	
<b>Beerd.- u. Sarg-Mag.</b> Central-Beerdigungsinstitut A. Brodersen, Auguststr. 7, Tel. 1099 L. Harenburg, Paalstr. 16, Särge in allen Preislagen C. Thiessen & Sohn, Wahnstr. 72, Ueber ganzes Beerd. Gänge Leichen- u. Trausportwagen L. Veit, Lübeck, Schwar. Allee 193, Lager feiner Särge L. Krüger, Rensefeld, Gr. Lager in Holz-, Beiz- und Metallgeräten	<b>Cacao, Chocol., Tee</b> Lina Schwarz, Lübeck, Hüsterd. 12	<b>Kino-Salon</b> Biophon-Theater, Breitestr. 52, Vornehmstes am Platze, Vollendetste Vorführung, lebender, singender, sprechender Photogr.	<b>Hüte und Mützen</b> Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 4, Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24	<b>Molkereiprodukte</b> Hans-Meierei in der Amme Lübeck's unternehm. von Milchprodukten aller Art	
<b>Besohnianstaken</b> H. Faasch, Gr. Goppelgrube 14 Hansa J. Detmann, Beckergarbe 51 L. Müller, Warendorferstr. 23, Fackelgrube 7	<b>Dampfwasch-, Plättanst.</b> Groß-Wäsche-Verleih-Institut T. 1922, Spezialität: Hans- u. Fein-Wäsche Hansa, Fernspr. 2274, W. Krüger, Wersdorferstr. 14	<b>Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!</b>	<b>Kolonial-, Fettwar.</b> Fedor J. Behm, Hansastr. 97, Johs. Broede, Dankwartsgr. 37, Reinh. Bären, Annenstr. 1a, Heinr. Franck, Wahnstr. 67, Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8, Carl Hudoffsky, Marlist. 44, D. Lerch, Lg. Lohberg 37 Ernst Luth, Spillendor. 6, H. Schmitt, Augustenstr. 14/15a, J. Semrau, Hüst. 23, H. Lettow, Eutin, Weldestr. 4, Louis Rathmann, Schwartau, J. U. Krüger, Travemünde.	<b>Meiereien</b> Meierei Rensefeld, Inh. Paul Rieker, Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter Meierei Schwartau, Inhaber Philipp Eitel, Tel. 2144, Milch und Molkereiprodukte	<b>Optik u. Mechanik</b> Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, 56 Breitestr. 56
<b>Stahl-, Eisenwaren</b> Franz Geuzmer, Fackenberg Allee 100, Fernspr. 1031 F. Wichmann, Hüsterd. 46, Sorauer Strahlwaren	<b>Tapeten, Linoleum</b> Carl Benke, Lübeck, Königstr. 48b, Tapeten-Reservat. Fritz Rehm, Beckergarbe 20	<b>Uhren-Repar.-Werkst.</b> Amerikanische, Hüst. 71, Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie	<b>Uhren-, Goldwaren</b> August Büttner, Uhrmacher, Hüsterd. 32, Willi Westfahl, Holstenstr. 3, H. Neumann, Schwartau	<b>Weine, Spirituosen</b> Fr. Geist, Lübeck, Hüsterd. 8, T. 1935, Fischergarbe Friedr. Otto, 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen	